Ernst Aust: Die Grünen, die Bunten und wir Seite 3

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 27 vom 6. Juli 1979 13. Jahrgang 1 DM

Gedrosselte Heizungen im nächsten Winter?

Nein zu Bonns Öl-Sparplänen!

Werktätige sollen die Zeche zahlen!

Müssen die arbeitenden Menschen hierzulande im kommenden Winter in kalten Zimmern frieren? Bundeskanzler Schmidt, kaum aus Tokio zurückgekehrt, rief die Bevölkerung auf, ihren Energieverbrauch zu drosseln. Nicht nur beim Autofahren, auch beim Heizen und beim Stromverbrauch müsse das Volk den Gürtel enger schnallen.

Schmidt droht mit dem „Gesetzesknüppel". Unverfroren schiebt er der werktätigen Bevölkerung die Schuld an der Energiekrise in die Schuhe. Gleichzeitig legte auch Bundesforschungsminister Hauff einen Energie-Sparkatalog auf den Tisch, der u.a. Geschwindigkeitsbegrenzungen für Autofahrer und die Senkung der Heiztemperaturen im kommenden Winter fordert.

In Bonn streitet man zwar noch darüber, welche Maßnahmen am wirksamsten sind, um den Ölverbrauch auf Kosten der arbeitenden Massen zu senken. Einig aber ist man sich darin, daß weder die Monopole irgendwelchen Einschränkungen unterworfen, noch etwa der gewaltige Mineralölverbrauch der Bundeswehr angetastet werden darf.

Natürlich ist die Energiekrise nicht die Folge eines übertriebenen Heizbedürfnisses der

Liegen schon parat: Benzingutscheine.

Bevölkerung. Sie wurde von den Kapitalisten und von den kapitalistischen Regierungen heraufbeschworen. Auch hierzulande hat man die Energie- und Rohstoffpolitik seit Jahrzehnten völlig einseitig auf das Erdöl des Nahen Ostens ausgerichtet, weil das den Konzernherren die fetten Profite brachte. So wurde zum Beispiel in den 60er Jahren ein staatlich subventioniertes Zechensterben ohnegleichen durchgezogen, obwohl dadurch Hunderttausende Bergarbeiter ihren Arbeitsplatz verloren.

Die gleichen Energiekonzerne und Ölmultis, denen diese Politik damals die Kassen füllte, nutzen jetzt die Gunst der Stunde für ihren skrupellosen Preiswucher mit dem Erdöl. Auch hierbei haben sie die Regierung auf ihrer Seite. Kanzler Schmidt lobt den Ölpreisterror als nützliches Regulat zur Senkung des Energieverbrauchs.

Wir fordern: Keine Ölspar-

Ab 1. Juli: Mehrwertsteuererhöhung

Die Preislawine rollt weiter!

Mit Beginn dieses Monats greift der Staat tiefer als bisher in die Lohntüte der Werktätigen, denn in der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli wurden sämtliche Konsumgüter, von der Zigarette bis zum Automobil, teurer. Laut Beschluß des Bundestages erhöht sich die Mehrwertsteuer um einen Punkt auf 13 Prozent.

Was für die Werktätigen eine weitere Steigerung der Lebenshaltungskosten mit sich bringt, bedeuten für „Vater Staat" sechs Milliarden Mark Mehreinnahmen im Jahr. Besonders auf dem Sektor der Heizöl- und Benzinpreissteigerung wird die Mehrwertsteuererhöhung die kaum noch vorhandenen Preisbarrieren vollends zum Einsturz bringen. Die Erhöhung des Ölpreises durch die OPEC-Staaten ist ein weiterer, willkommener Vorwand für die Kapitalisten, bei der Anhäufung der Profite einen kräftigen Extraprofit zu holen.

Aus der Reifenbranche verlautet, daß die Preise in den ersten beiden Juli-Wochen um weitere vier Prozentpunkte angehoben werden, nachdem sie bereits im Februar und April kräftig erhöht wurden. In den Fachkreisen ist man sich einig, daß die Teuerungsrate in diesem Jahr die 6-Prozent-Marke erreichen wird.

„Die Energiekrise beschert uns Preiserhöhungen, an denen sich keiner vorbeimogeln kann", erklärte Kanzler Schmidt bei seiner Rückkehr aus Tokio gegenüber der Springer-Presse, um uns in die rechte Opferstimmung zu versetzen, „wir müssen die Last, die uns von den ölerzeugenden Staaten auferlegt ist, gemeinsam tragen." Das Geschwätz kennen wir zur Genüge. Wir sitzen alle in einem Boot, heißt es. Richtig! Nur wir — die Werktätigen — müssen rudern!

Resolutionen aus weiteren Vertrauenskörpern

Nachschlagforderung immer breiter

Bremer Druckereiarbeiter streikten für 30 Pfennig

In der vergangenen Woche forderten weitere Vertrauenskörper aus Großbetrieben einen Nachschlag zum Ausgleich für die steigenden Lebenshaltungskosten. So faßte jetzt der Vertrauenskörper der IG Metall im größten Stahlwerk der Bundesrepublik, bei Thyssen Hamborn-Beeckerwerth (Duisburg), eine entsprechende Entschließung.

In der Entschließung heißt es: **„Schon ein halbes Jahr nach dem letzten Tarifabschluß ist die bescheidene Lohnerhöhung von 4 Prozent längst dahin. (...) Es kann unseren Kollegen nicht zugemutet werden, bis zum 31.1.1980 stillzuhalten, um noch weitere Preissteigerungen hinzunehmen."**

Ebenfalls in Duisburg schloß sich der ÖTV-Vertrauenskörper der „Gemeinschaftsbetriebe Eisenbahn und Häfen" mit einer Resolution der Nachschlagsbewegung an. In der vergangenen Woche forderte auch die Vollversammlung des IGM-Vertrauenskörpers im sen darauf hin, daß die magere Lohnerhöhung von 4,3 Prozent durch die Preissteigerungen bereits nach einem halben Jahr aufgefressen worden ist. Die Kollegen verurteilten außerdem die Preistreiberei der Mineralölkonzerne.

Über 100 Beschäftigte der Bremer Tageszeitungen „Weserkurier" und „Bremer Nachrichten" streikten mehrere Stunden, um ihrer Forderung nach einer Teuerungszulage von 30 Pfennig pro Stunde Nachdruck zu verleihen.

Die Bewegung für eine Teuerungszulage muß weitergetrieben werden. Dabei

Somoza am Ende

Wie aus Nicaragua gemeldet wurde, hat der faschistische Diktator Somoza sogar Halbwüchsige gefoltert, um Namen von sandinistischen Befreiungskämpfern herauszubekommen. Mindestens 10 halbwüchsige Jungen sollen durch Elektroschocks dabei ums Leben gekommen sein.

Während der letzten Tage des Somoza-Regimes wird die sandinistische provisorische Regierung von immer mehr Ländern anerkannt. Demgegenüber versuchte noch die US-amerikanische Regierung, mit einem „Geheimplan" zur Bildung einer Übergangsregierung zu retten, was zu retten ist.

Auch der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU, Marx, forderte die Bonner Regierung auf, die Beziehungen zu Nicaragua nicht abzubrechen.

Kriegshetze gegen OPEC-Länder

Die übelste Blüte in der allgemeinen Hetzkampagne gegen die Organisation erdölproduzierender Länder hat der CSU-nahe „Münchner Merkur" getrieben. In seiner Ausgabe vom Mittwoch letzter Woche rief er in einem Leitartikel zum Angriffskrieg gegen die OPEC-Länder auf.

In dem Artikel heißt es wörtlich: „Die Straßenschlachten in Amerika zeigen die möglichen Folgen einer Ölkrise deutlich, bevor es aber dort und in Europa zu Bürgerkriegen um die Energie kommt, sollte man den Ölerpressern das Handwerk legen. (...) Das Ziel des Westens [müßte] sein, die Ölfelder zu besetzen, um dann die Fördermengen so zu regulieren, daß das Öl für alle reicht, bis Kohle, Atom, Wasser, Wind und Sonne in der Lage sind, die Stütze dieser Welt zu sein."

Solidaritätsstreik bei SEL

Am Mittwoch vergangener Woche legten 300 Kollegen der Frühschicht im Kabelwerk der Standard Electric Lorenz (SEL) in Stuttgart für eine Stunde die Arbeit nieder. Dieser Streik war eine Solidaritätsbekundung für

Majdanek-Mörder im Zeugenstand!

„Gaskammern nur zur Entlausung der Kleidung"

Während sich der Bonner Bundestag auf die Abstimmung in der Verjährungsfrage am Dienstag vorbereitet, läßt die Bonner Justiz gleichzeitig in Düsseldorf demonstrieren, daß für tausendfache NS-Mörder ohnehin die Verjährung praktiziert wird.

Vor kurzem erst waren vier der insgesamt 13 angeklagten KZ-Mörder von Majdanek freigesprochen worden. Ein Freispruch, der in ganz Europa flammende Proteste hervorgerufen hat. Jetzt wurden drei der Freigesprochenen, die KZ-Aufseherinnen Süß, Böttcher und Mayer, im Düsseldorfer Prozeß als „Zeugen" geladen. Diese Tatsache allein ist schon ein Skandal. Noch empörender ist, was sich diese Massenmörder vor Gericht erlaubten.

So behaupteten Süß und Böttcher frech, sie hätten nichts von den abscheulichen Morden gesehen, und sie könnten auch nicht mehr sagen, wer von den jetzt noch Angeklagten an den Morden beteiligt gewesen sei.

Provokatorisch behauptete die KZ-Mörderin Mayer, sie habe erst während des Prozesses in Düsseldorf von Vergasungen in Majdanek gehört und sie habe nur eine Gaskammer gekannt, und die sei zum Entlausen der Kleidung gewesen. Dabei war diese Verbrecherin 800 Meter von den Gaskammern entfernt „tätig" gewesen.

Es braucht einen nicht zu wundern, wenn die Aussagen dieser KZ-Verbrecher vom Gericht als Entlastung anerkannt werden, während ja bekanntlich die Aussagen israelischer Zeugen als „unglaubwürdig" abgelehnt wurden, weil „die Zeugen Gelegenheit gehabt hätten, sich abzusprechen"!

Wir fordern: Keine Ölsparmaßnahmen zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung! Schluß mit dem Preisterror der Ölmultis!

IGM-Vertrauenskörpers im größten Metallbetrieb Hessens, bei der Adam-Opel-AG Rüsselsheim, eine Teuerungszulage. Die Opel-Vertrauensleute wie-

getrieben werden. Dabei kommt es jetzt vor allem auf selbständige Aktionen und Kampfmaßnahmen der Belegschaften in den Betrieben an.

eine Solidaritätsbekundung für die Kollegen des Rheinkabelwerks in Köln, das nach einem Beschluß des SEL-Vorstandes stillgelegt werden soll.

Verschärfter Bombenterror

Israelis provozieren neuen Krieg

Am 27. Juni flogen die israelischen Zionisten einen erneuten Bombenangriff gegen südlibanesisches Gebiet. Dabei kam es zum ersten Mal seit dem letzten Nahostkrieg zu einem Luftkampf mit syrischen Abfangjägern.

Bislang galten die israelischen Terrorangriffe auf die Zivilbevölkerung in der zionistischen Sprachregelung als „Vergeltungsschläge". Begin kündigte angesichts des letzten Einsatzes der israelischen Luftwaffe an, in Zukunft werde man dazu übergehen, „Präventivschläge" zu führen. Offensichtlich soll die libanesische Regierung durch die Eskalierung des Bombenterrors gegen die Flüchtlingslager des Südlibanon zu einem Separatfrieden mit Tel Aviv gezwungen werden. Allein in den letzten zwei Monaten entlud die hochmoderne zionistische Bomberflotte mehr als elfmal ihre tödliche Last über den palästinensischen Flüchtlingslagern des Südlibanon.

Die für die Terrorangriffe eingesetzten Flugzeuge vom Typ F-14 stammen aus amerikanischen Arsenalen; erst kürzlich hat sich die US-Regierung vertraglich verpflichtet, die Befriedigung des israelischen Ölbedarfs bis 1994 zu garantieren. Die amerikanischen Proteste gegen die israelischen Aktionen sind durchsichtige Manöver, ihre Mitverantwortung für den Völkermord an den Palästinensern zu vertuschen.

Angesichts der unverhüllten Kriegsabsichten des internationalen Monopolkapitals zur Sicherung der Ölversorgung stellt die Verschärfung der Nahostkrise durch die israelischen Zionisten eine große Gefahr für den Weltfrieden dar.

Die zionistischen Aggressoren hinterlassen die gleiche Blutspur wie die SS. Unser Bild: napalmverbrannte Kinder nach einem israelischen Bombenangriff.

Kommentar

Am 1. Juli ist Karl Carstens in sein neues Amt als Präsident der Deutschen Bundesrepublik eingeführt worden. Ehemalige Nazis in den höchsten Ämtern des Bonner Staates gab es schon öfter, ob sie nun Lübcke, Kiesinger oder Scheel hießen. Aber noch nie war der Amtsantritt eines Bonner Repräsentanten so sehr als ein Machtantritt der Reaktion empfunden worden wie im Falle Karl Carstens.

Dieser Präsident ist eine Provokation!

Tausende demonstrierten in verschiedenen Städten der Bundesrepublik während des Wahlaktes und brachten damit zum Ausdruck, daß breite Schichten unseres Volkes diesen Mann nicht haben wollen.

Es ist nicht allein seine Mitgliedschaft in der faschistischen SA und der NSDAP, die den Widerstand der demokratischen Öffentlichkeit hervorruft, nicht allein seine Tätigkeit als NS-Propagandaoffizier in der faschistischen Wehrmacht. Dieser Mann ist Reaktion auf der ganzen Linie!

Seit 1955 Mitglied der CDU, gehört er früh zu den Mitarbeitern der reaktionären Adenauer-Regierung. Ab 1961 arbeitet er im Bonner „Auswärtigen Amt", in dem es von alten Nazis nur so wimmelt. Ein Jahr später wird er Stellvertreter seines ehemaligen SA-Kollegen und damaligem Bonner Außenminister Gerhard Schröder. An der Ausarbeitung der revanchistischen „Hallstein-Doktrin" war er ebenso beteiligt wie an der Unterstützung Bonns für den Aggressionskrieg des US-Imperialismus in Vietnam.

1968 bekommt er als Staatssekretär im Bundeskanzleramt die Oberaufsicht über den Bonner Geheimdienst BND. Hier, wo Carstens so manchen alten Bekannten aus der SA oder SS wiedergetroffen haben dürfte, werden unter seiner Aufsicht die skandalösesten Waffenschiebereien mit faschistischen Staaten getätigt. Obwohl Dokumente seine Verwicklung beweisen, log Carstens selbst vor Gericht: „Ich weiß von nichts."

Bekannt sind auch seine Aussprüche zu den Berufsverboten wie: „In dieser Frage hilft all das juristische Beiwerk nicht." Und die faschistische Militärjunta in Chile gehört zu seinen Freunden ebenso, wie er sich für die Freilassung des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß eingesetzt hat.

Die demokratische Öffentlichkeit hat den Geist dieses Mannes vor Augen geführt bekommen, als er anläßlich des Hungerstreiks von Andreas Baader und Ulrike Meinhof meinte: „Wir müssen uns fragen, ob man hungerstreikende Untersuchungshäftlinge nicht besser ihrem Schicksal überlassen sollte."

Dieser Mann wurde von einem Gremium in sein Amt berufen, das mit den Interessen des Volkes nichts zu tun hat, das nichts ist als ein Ausschuß des Finanzkapitals. Mit seiner Amtseinsetzung hat das Finanzkapital zu erkennen gegeben, daß es sich für eine Verschärfung der Faschisierung entschieden hat.

So stellte Genosse Ernst Aust vor dem 3. Plenum des ZK der KPD/ML fest: „Es besteht durch den Machtantritt von Erzreaktionären wie Carstens, Stücklen und dem geplanten von Strauß durchaus die Gefahr, daß der westdeutsche Imperialismus, wie schon zur Zeit der Weltwirtschaftskrise von 1929/33, einer kommenden tiefgehenden Krise mit der Errichtung des offenen Faschismus und der Auslösung eines Krieges, diesmal zwischen NATO und Warschauer Pakt, zu begegnen sucht."

Die Ernennung dieses Mannes ist eine Ermunterung für andere üble Reaktionäre, Faschisten und Kriegstreiber! Alle Demokraten und Antifaschisten müssen diesem Mann klarmachen, daß er den Hut nehmen muß. Je eher, um so besser!

Gipfeltreffen in Tokio

Imperialistischer Streit ums Öl

In Tokio trafen sich in der letzten Woche die Regierungschefs der sieben wichtigsten kapitalistischen Länder des Westens. Hauptthema des Gipfeltreffens waren die Energie- und Ölversorgung und die in dieser Frage entstandenen Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten. Die Konferenz hat diese Widersprüche nicht gelöst. Einig waren sich die Imperialisten nur in ihrer Hetze gegen die OPEC-Staaten und darin, das verbrecherische Treiben der Ölmultis nicht anzutasten.

Das Gipfeltreffen fand vor dem Hintergrund der sich verschärfenden kapitalistischen Krise statt; es war eine Stufe im Ringen der stärksten kapitalistischen Staaten des Westens um die Kontrolle und Ausbeutung der Energie- vor allem der Ölvorräte der Erde. Auf der Konferenz und in ihren Ergebnissen trat das Streben des US-Imperialismus, die Kontrolle über die Ölmärkte weiterhin in der Hand zu behalten und sich den Löwenanteil an der internationalen Rohölproduktion zu sichern, deutlich hervor. Dies stieß weiter auf den Widerstand vor allem der vier vertretenen EG-Staaten England, Frankreich, Italien und Bundesrepublik. Die US-amerikanische Position wurde dagegen weitgehend von Japan und Kanada unterstützt.

Die USA, deren Anteil an der Weltbevölkerung 5 Prozent beträgt, verbrauchen mehr als ein Drittel der Weltölreserven. Fünf der sieben größten Ölmultis haben ihren Sitz in den USA. Selbst eines der größten Erdölförderländer, erhöhten die USA in den letzten vier Jahren den Anteil des importierten Öls von 36 auf 48,5 Prozent. Carter ging es in Tokio nur darum, den Anteil der USA am internationalen Erdöl zu halten und sogar noch auszubauen.

Dies schlägt sich deutlich in den Beschlüssen zur Beschränkung der Erdöleinfuhren nieder. Danach verpflichten sich die USA zwar, ihre Öleinfuhren bis 1985 auf 8,5 Millionen Barrel täglich zu reduzieren. Doch diese Menge entspricht der Importmenge des Jahres 1977, eines Jahres mit einem Höchststand an Ölimporten. Von „Sparmaßnahmen" kann da keine Rede sein!

Die Beschlüsse setzte Carter gegen Vertreter der vier EG-Staaten durch. Diese hatten gefordert, das Jahr 1973 — das Jahr der ersten Ölkrise — als Bemessungsgrundlage für Sparmaßnahmen zu nehmen. In diesem Jahr hatten nämlich die EG-Staaten die höchsten Ölimporte zu verzeichnen. Mit ihrer Forderung zielten die europäischen Imperialisten vor allem darauf, die Ölimporte in den USA zu drosseln und die USA so auf den internationalen Ölmärkten zurückzudrängen.

In ihrem Streben wurden die USA von Japan unterstützt. Japan ist der zweitgrößte Erdölimporteur der Welt; es verbraucht 10 Prozent der gesamten Weltproduktion an Öl. 74 Prozent seines gesamten Energiebedarfs bestreitet es mit Erdöl. Japan ist abhängiger vom Öl als irgendein vergleichbares Land; es ist darauf angewiesen, daß der Ölstrom ungehindert weiterfließt und weiter ansteigt. In den letzten Jahren sind seine Öleinfuhren ebenfalls — wenn auch nicht so stark wie die der USA — gestiegen. Daher war Japan wie die USA interessiert, möglichst das Jahr 1978 als die Grundlage der Bemessung der Öleinsparungen zu nehmen. Ebenso wie die USA war es daran interessiert, den Zeitraum für die Einschränkung der Ölimporte möglichst kurz zu halten. In dieser Frage aber machte die Konferenz den europäischen Imperialisten Konzessionen. Andererseits verpflichteten sich die vier EG-Staaten, ihre Ölimporte bis 1985 auf dem Stand des Jahres 1978 einzufrieren.

Durch den Tokioer Gipfel wurde die beherrschende Stellung der USA auf den Ölmärkten der westlichen Welt nur bestätigt — so wie es Carter bereits vor seinem Abflug aus Washington angekündigt hatte: „Konzentriertes Handeln aller industriellen Demokratien — geführt von den Vereinigten Staaten — ist absolut notwendig, um die Energieprobleme zu lösen, deren sich das amerikanische Volk heute gegenübersieht." Die Widersprüche zwischen den konferierenden imperialistischen Staaten wurden nicht gelöst.

Vor allem machten die sieben Staatschefs keinerlei Anstalten, das verbrecherische Treiben der internationalen Ölgesellschaften einzuschränken, die den westlichen Ölmarkt vollständig unter ihre Kontrolle gebracht haben und die die entstandene Situation ausnutzen, um die Preise hochzutreiben und ungeheure Profite zu erzielen. Die Staatsmänner suchten die Politik der Ölmultis sogar noch zu beschönigen, ihre ungeheuerliche Kartell- und Preispolitik zu rechtfertigen. So erklärte etwa Schmidt: Die Verbraucher sollen nicht versuchen, „sich um höhere Energiepreise und die dadurch ausgelösten Zwänge herumzumogeln". „Wir müssen die Last, die uns von den Öl erzeugenden Staaten auferlegt ist, gemeinsam tragen!"

Auf ihrer Gipfelkonferenz stimmten die Imperialisten gleichzeitig ihr Vorgehen gegen die ölproduzierenden Länder ab. Schon vor Beginn der Konferenz suchten sie ihrem Treffen durch Kriegs- und Interventionsdrohungen gegen die OPEC-Länder Nachdruck zu verleihen. Auch in ihren abschließenden Erklärungen stellten die imperialistischen Staatschefs die OPEC-Länder als die Hauptschuldigen an der sogenannten Energiekrise hin.

Dokumente beweisen:

CSU will Spalter-Gewerkschaft aufstellen!

Umfangreiches „Rohmaterial", das der CSU-Generalsekretär Stoiber zur Vorbereitung eines Parteikongresses zur Gewerkschaftsfrage an seine Parteifreunde versandte, brachte es an den Tag: Die CSU will zur organisatorischen Spaltung der Gewerkschaften übergehen. Diese Meldung hat unter Gewerkschaftern zu empörten Reaktionen geführt.

Um die DGB-Gewerkschaften zu spalten, sollen auf dem geplanten CSU-Kongreß fünf Möglichkeiten zur „Lösung der Gewerkschaftsfrage" diskutiert übergehen will. Strauß und seine Partei verstehen sich dabei als die kommende Partei des Faschismus. Kein Wunder, daß die Anstrengungen dieser

OPEC-Tagung

Die Preistreiber sind die Ölmultis!

Auf ihrer Tagung in Genf beschlossen die Ölminister der Organisation ölproduzierender Staaten (OPEC) in der letzten Woche eine neue Erhöhung des Ölpreises. Diese Maßnahme hat in den imperialistischen Staaten eine wütende Hetzkampagne gegen die Ölländer nach sich gezogen.

Die OPEC-Länder erhöhten den bisherigen Grundpreis von 14,55 Dollar pro Barrel auf 18 bis 23,50 Dollar.

In den Verlautbarungen imperialistischer Politiker und in den imperialistischen Massen-

schlagen. Die wirklichen Preiserhöhungen aber stehen dazu in keinem Verhältnis. Allein in diesem Jahr wurde der Preis für Heizöl in Westdeutschland schon um 100 Prozent erhöht!

Was von dem Geschrei der

sionskrieg des US-Imperialismus in Vietnam.

1968 bekommt er als Staatssekretär im Bundeskanzleramt die Oberaufsicht über den Bonner Geheimdienst BND. Hier, wo Carstens so manchen alten Bekannten aus der SA oder SS wiedergetroffen haben dürfte, werden unter seiner Aufsicht die skandalösesten Waffenschiebereien mit faschistischen Staaten getätigt. Obwohl Dokumente seine Verwicklung beweisen, log Carstens selbst vor Gericht: „Ich weiß von nichts."

Bekannt sind auch seine Aussprüche zu den Berufsverboten wie: „In dieser Frage hilft all das juristische Beiwerk nichts."

Die Ernennung dieses Mannes ist eine Ermunterung für andere üble Reaktionäre, Faschisten und Kriegstreiber! Alle Demokraten und Antifaschisten müssen diesem Mann klarmachen, daß er den Hut nehmen muß. Je eher, um so besser!

Weit über 5 000 Lehrer aus Hessen beteiligten sich am Freitag vergangener Woche an einer Demonstration in Wiesbaden. Ihre Forderungen: 40-Stunden-Woche auch für Lehrer und Einstellung aller arbeitslosen Lehrer.

Aus dem Inhalt

Milliardeninvestitionen der Autokonzerne: Mit Vollgas in die Krise 4

Spritzenstreik im Krankenhaus Neukölln 4

Was heißt hier „Verteidigungsaussperrung"?! 5

Beispiel antifaschistischer Arbeit an einer Gesamtschule 6

Majdanek-Lokaltermin in Lublin 7

„Russische Besatzer, raus aus Afghanistan!" 11

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600 — 461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Dokumente beweisen:

CSU will Spalter-Gewerkschaft aufstellen!

Umfangreiches „Rohmaterial", das der CSU-Generalsekretär Stoiber zur Vorbereitung eines Parteikongresses zur Gewerkschaftsfrage an seine Parteifreunde versandte, brachte es an den Tag: Die CSU will zur organisatorischen Spaltung der Gewerkschaften übergehen. Diese Meldung hat unter Gewerkschaftern zu empörten Reaktionen geführt.

Um die DGB-Gewerkschaften zu spalten, sollen auf dem geplanten CSU-Kongreß fünf Möglichkeiten zur „Lösung der Gewerkschaftsfrage" diskutiert werden: Bildung von „Arbeitskammern", die Unterwanderung des DGB, Fraktionsbildung im DGB, Unterstützung des „Christlichen Gewerkschaftsbundes" und die Gründung einer eigenen CSU-Gewerkschaft. Die CSU-Führer um Strauß haben den Plan, die Einheitsgewerkschaft, d.h. die einheitliche Organisierung von über siebeneinhalb Millionen Werktätigen im DGB, zu spalten und damit einen Schlag gegen die zahlenmäßig bedeutendste Massenorganisation der Arbeiterklasse zu führen.

Wer die sozialen Vorstellungen eines F.J. Strauß kennt, wer die offene Parteinahme des CSU-Chefs für die Kapitalisten kennt, der kann sich vorstellen, was für eine Art „Gewerkschaft" er aufbauen will: eine „gelbe Gewerkschaft", eine Streikbrechertruppe.

Es ist kein Zufall, daß diese Überlegungen gerade jetzt in den Reihen der CSU angestellt werden. CSU-Chef Strauß erhebt laut seinen Anspruch auf das Kanzleramt. Carstens ist bereits zum Bundespräsidenten gemacht worden. Alles das sind Anzeichen, daß die herrschende Klasse zu einer schärferen Gangart der Faschisierung übergehen will. Strauß und seine Partei verstehen sich dabei als die kommende Partei des Faschismus. Kein Wunder, daß die Anstrengungen dieser zur Macht strebenden Partei gegen die Existenz der Gewerkschaften sich jetzt verschärfen. Gegen diese Pläne ist die geschlossene Antwort aller gewerkschaftlich organisierten Werktätigen notwendig.

Ganz anders aber reagierten die DGB-Führer auf die CSU-Pläne. Das Vorstandsmitglied der IG Metall, Ferdinand Koob, sprach von „politischer Instinktlosigkeit" der CSU-Führer. Wenn aber die schwärzeste Reaktion sich anschickt, einen Schritt zur Zerschlagung der Gewerkschaften zu unternehmen, kann man dann von „politischer Instinktlosigkeit" reden?

Die DGB-Führer sind selber Spalter der Gewerkschaften, was sie oft genug mit ihrer Zusammenarbeit mit den Kapitalisten bewiesen haben.

Der unerhörte Angriff der Strauß und Co. auf die Gewerkschaften muß von allen Gewerkschaftern scharf zurückgewiesen werden. Die Verteidigung der Gewerkschaftseinheit ist nur möglich auf der Grundlage einer Politik, die mit aller Klassenversöhnung aufräumt und konsequent für die Durchsetzung der Interessen der Arbeiterklasse kämpft.

OPEC-Tagung

Die Preistreiber sind die Ölmultis!

Auf ihrer Tagung in Genf beschlossen die Ölminister der Organisation ölproduzierender Staaten (OPEC) in der letzten Woche eine neue Erhöhung des Ölpreises. Diese Maßnahme hat in den imperialistischen Staaten eine wütende Hetzkampagne gegen die Ölländer nach sich gezogen.

Die OPEC-Länder erhöhten den bisherigen Grundpreis von 14,55 Dollar pro Barrel auf 18 bis 23,50 Dollar.

In den Verlautbarungen imperialistischer Politiker und in den imperialistischen Massenmedien werden die Preiserhöhungen seitens der OPEC-Länder als die Ursache allen Übels in den kapitalistischen Ländern dargestellt. So tönte der EG-Energie-Kommissar Brunner: Die Ölpreiserhöhungen erschwerten die Überwindung der Rezession in der EG und belasteten die Zahlungsbilanz.

Es sind jedoch nicht die Ölländer, die die Preissteigerungen bei den Ölprodukten hervorrufen, sondern die internationalen Ölgesellschaften. Auf den der Förderung folgenden Verarbeitungsstufen besitzen die Ölmultis das Monopol. Die sieben größten Ölgesellschaften kontrollieren 80 Prozent des internationalen Erdölhandels. Ihnen ist es zu verdanken, daß 60 Prozent des Erdölendpreises aus „Transportgebühren" bestehen. Bei der Raffinierung des Erdöls ist die Situation noch ungünstiger.

Der Preis, der den Erdölländern für das Öl gezahlt wird, macht nur einen kleinen Teil des Endpreises für die Produkte Benzin, Heizöl etc. aus. Die Rohölpreiserhöhungen, würden sie von den Ölmultis einfach „weitergegeben", dürfte sich höchstens in einer Erhöhung von ein paar Prozent niederschlagen. Die wirklichen Preiserhöhungen aber stehen dazu in keinem Verhältnis. Allein in diesem Jahr wurde der Preis für Heizöl in Westdeutschland schon um 100 Prozent erhöht!

Was von dem Geschrei der westlichen Imperialisten über die OPEC-Beschlüsse zu halten ist, verdeutlicht die Tatsache, daß England für sein Nordseeöl schon seit langem 20 Dollar pro Barrel nimmt.

Zitat der Woche

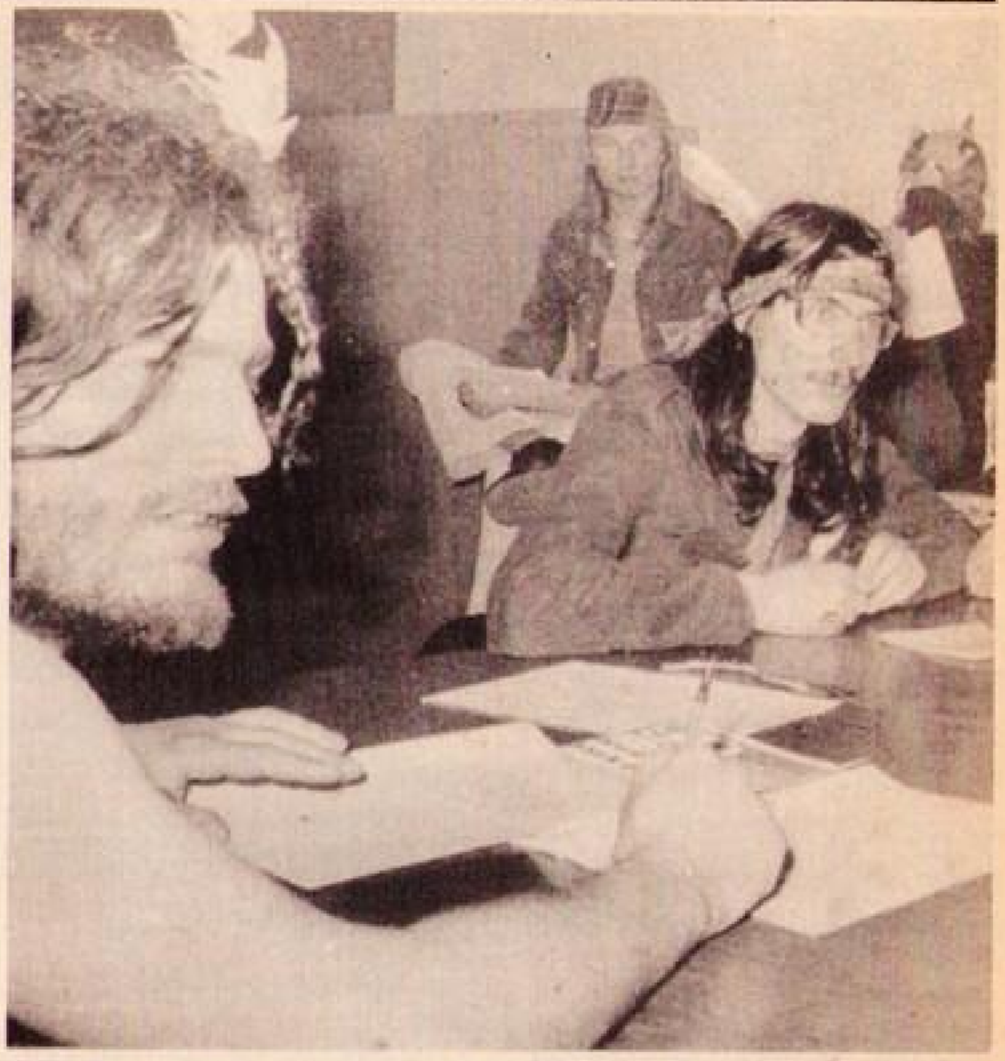
„Von den Honoraren, die mir der Hessische Rundfunk zahlt, spendiere ich ihm einen Freiflug in einer DC 10 nach Harrisburg. Hauptsache, er verdampft."

(Der kürzlich gemaßregelte Rundfunkredakteur Henning Venske über den Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann (CDU), der die Anti-NPD-Kundgebung des DGB verboten hatte).

Die beiden ersten Teile des Referats vor dem dritten Plenum des Zentralkomitees der KPD/ML haben wir bereits im „Roten Morgen“ Nr. 24 und 26 abgedruckt. Genosse Ernst Aust analysierte darin die politische Situation in der Bundesrepublik angesichts der sich verschärfenden Krise und der Bundespräsidentenschaft eines Carstens und der möglichen Kanzlerkandidatur eines Strauß. Er zog die Schlußfolgerungen, die sich daraus für die Taktik der Partei ergeben. Insbesondere ging er auf Probleme beim Aufbau der Front gegen Reaktion und Faschismus sowie auf verschiedene Probleme der Arbeit in Massenorganisationen ein. In den folgenden Nummern des „Roten Morgen“ bringen wir weitere Auszüge aus dem Referat.

Auszüge aus dem Referat des Genossen Ernst Aust vor dem 3. Plenum des ZK der KPD /ML

Die Grünen, die Bunten, die Spontis und wir



„Die Bunten, die Alternativen etc. — ähnlich der Radikalen Partei in Italien, die sich aus Anarchisten, Ex-KPI-Revisionisten, Kriegsdienstverweigerern, freischwebenden Linken, Feministinnen und Homos zusammensetzt — wenden sich vor allem an den vom sozialen Abstieg und Deklassierung bedrohten, teilweise schon deklassierten Teil der Intelligenz.“ — Das Bild zeigt Göttinger „Stadtindianer“.

Um es noch einmal zusammenzufassen: Es ist die Hauptaufgabe der Partei, das Proletariat — und nicht etwa das Kleinbürgertum — in den Kampf um die Macht zu führen. Daraus ergibt sich, daß die Partei vorrangig solche Forderungen und Losungen aufstellt, solche Bewegungen und Kämpfe unterstützt und entfaltet, die geeignet sind, das Proletariat näher an die Positionen der Partei, an die Revolution heranzuführen. So sind uns derzeit zum Beispiel die infolge des rapiden Ansteigens der Lebenshaltungskosten zu erwartenden Lohnkämpfe, die sogenannten „Nachschlagsforderungen“ der Arbeiter, der Kampf gegen den Aussperrungsterror der Unternehmer etc. wesentlich wichtiger als beispielsweise der Kampf um die Errichtung von Kinderspielplätzen und Spielstraßen, ja selbst dieses oder jenes Kernkraftwerks, so wichtig diese Kämpfe auch immer sein mögen.

Und man kann nicht argumentieren: Warum gegen die Aussperrung kämpfen, mühsam eine Front gegen Reaktion und Faschismus aufbauen, wenn es bereits Massenbewegungen wie die Antikernkraftbewegung gibt? Auf der gleichen Linie liegt es auch, wenn man uns empfiehlt, doch bei den Grünen, den Bunten, den Alternativen mitzumachen, sie im Wahlkampf zu unterstützen, denn schließlich handele es sich hier ja — wie die Wahlergebnisse zeigen — um eine breite oppositionelle Bewegung mit korrekten Forderungen, wie sie auch die Partei stellt bzw. unterstützt.

Genossinnen und Genossen, was uns hier empfohlen wird, ist schlicht und einfach ein Bewegung und nicht einmal derjenigen der Arbeiterklasse, sondern des Kleinbürgertums. Was uns hier empfohlen wird, ist der Verzicht auf die führende Rolle der Partei, ist ein Aufgehen im kleinbürgerlich-revisionistischen Zirkelsumpf.

Als Kommunisten wissen wir natürlich, daß es nicht nur darauf ankommt, eine breite Einheitsfront unter den proletarischen Massen zu schaffen, sondern auch — um den Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie zu sichern — kleinbürgerliche Schichten als Bündnispartner für das Proletariat zu gewinnen. Die Partei trägt dem zum Beispiel in der Schaffung der Front gegen Reaktion und Faschismus Rechnung, die — wie schon gesagt — breite Teile des Kleinbürgertums umfaßt und von ihrem Charakter her eine Volksfrontorganisation ist.

Wie aber steht es nun mit den Grünen, den Bunten, den Alternativen, den Spontis (Spontaneisten) und was es da sonst noch so gibt? Sind sie nicht auch potentielle Bündnispartner des Proletariats, Organisationen, Zusammenschlüsse, in denen man arbeiten muß, um sie für uns zu gewinnen? Wie steht es zum Beispiel mit ihren fortschrittlichen Forderungen und Losungen?

Sehen wir einmal von Sprüchen der Spontis und Provos (Provokateure) wie „Wir bleiben uns'rer Losung treu: schwul, pervers und arbeitsscheu!“ ab, beschränken wir uns auf das, was an den Grünen und Bunten ernst zu nehmen ist, so ergeben sich sicher eine ganze Reihe von Forderungen, mit denen wir übereinstimmen wie zum Beispiel: der Kampf gegen die Umwelt durch kapitalistische Profitgier, gegen die Berufsverbote, für weniger Schüler in den Schulklassen usw. usf. Doch solche richtigen, teils sogar dieselben Forderungen stellt die DKP auch, und die SPD forderte zur Europawahl (wo es nichts kostete) gar die Einführung der 35-Stunden-Woche. Heißt das aber nun für uns, die DKP oder die SPD zu unterstützen oder sie zu wählen?

Auf solch eine Idee würde kein Genosse kommen. Warum aber empfehlen uns einige die Unterstützung kleinbürgerlicher Wahlvereine, wie es die Grünen, die Bunten sind? Sie begründen dies mit taktischer Zweckmäßigkeit. Sie erklären, die Partei habe anläßlich der Parlamentswahlen praktisch nur die Wahl, entweder diese kleinbürgerlichen Listen zu unterstützen oder zum Wahlboykott aufzurufen. Da sich aber der Wahlboykott als politisch unwirksam erwiesen habe — was stimmt —, könne die Partei eben nur die kleinbürgerlichen Wahlzusammenschlüsse unterstützen — was nicht stimmt.

Denn diese Argumentation erklärt die Partei im Grunde genommen für handlungsunfähig und läßt ihr nur noch die Möglichkeit, sich an den Schwanz der kleinbürgerlichen Bewegung zu hängen. Die Notwendigkeit, daß die Partei ihre Taktik ausgehend von ihren strategischen Zielen und Orientierungen festlegen muß, wird vollständig geleugnet. Genossen, die so argumentieren, gehen an die Einschätzung der Grünen, der Bunten nicht vom Klassenstandpunkt aus heran.

Wie sieht es nun mit diesen kleinbürgerlichen Wahlzusammenschlüssen ... die Klassen in der modernen bürgerlichen Gesellschaft sich politische Vertretungen ihrer Interessen in Form von politischen Parteien schaffen. In Westdeutschland und Westberlin haben wir seit langem die Erscheinung, daß das Kleinbürgertum über keine bedeutende politische Vertretung mehr verfügt. Die großen Parteien der Bourgeoisie haben die kleinbürgerlichen Parteien praktisch geschluckt oder ruiniert. Auch die FDP vertritt heute keineswegs mehr die Interessen des Kleinbürgertums, obwohl ihre Wähler und Mitglieder zweifellos mehrheitlich Kleinbürger sind.

Dementsprechend erleben wir zur Zeit die verschiedensten Versuche des Kleinbürgertums, sich politisch zu organisieren, um die Vertretung ihrer kleinbürgerlichen Interessen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer staatlichen Gremien zum Tragen zu bringen. Das Spektrum dieser Parteigründungen reicht von weit rechts bis links. Fredersdorfs Bürgerpartei oder die GAZ gehören ebenso dazu wie die Bunten, die Alternativen usw. Die unterschiedlichen politischen Standpunkte entsprechen der Tatsache, daß auch die objektive Lage des Kleinbürgertums, seine Interessen in verschiedener Hinsicht nicht einheitlich sind. So sind die von Fredersdorf angesprochenen kleinbürgerlichen Schichten offensichtlich andere, als die von den Bunten und Alternativen zu erreichenden. Beides aber sind Versuche eines Teils des Kleinbürgertums, sich politisch zur Vertretung seiner Interessen zu organisieren. Spricht die Fredersdorfpartei — ähnlich der dänischen Antisteuerpartei — ...

... lutionäre Klasse. (...) Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, sie versuchen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Sind sie revolutionär, so sind sie es im Hinblick auf den ihnen bevorstehenden Übergang ins Proletariat, so verteidigen sie nicht ihre gegenwärtigen, sondern ihre zukünftigen Interessen, so verlassen sie ihren eigenen Standpunkt, um sich auf den des Proletariats zu stellen.“

Daß sich die Bunten, Alternativen etc. nun aber auf den Standpunkt des Proletariats stellen, davon kann keine Rede sein. Im Gegenteil, neben berechtigten, sich gegen den kapitalistischen Staat wendenden Forderungen gibt es innerhalb dieser kleinbürgerlichen Schichten durchaus Strömungen, die zum Beispiel durch generelle Industriefeindlichkeit gekennzeichnet sind. Sie kämpfen nicht nur grundsätzlich gegen den Bau von Atomkraftwerken, sondern ebenso grundsätzlich gegen den Bau von Kohlekraftwerken. Sie kämpfen nicht nur gegen vermeidbare, von den Kapitalisten aus ... den Bauern ihre Erbhöfe versprachen.

Sind wir Kommunisten etwa prinzipiell gegen Großbetriebe, gegen Konzerne? Sind wir gegen EDV-Anlagen, gegen die Einführung der modernsten Computertechnik, gegen Roboter, die menschliche Arbeit ersetzen? Keinesfalls! All diese Dinge sind zum Nutzen des Proletariats, der Werktätigen. Zum Schaden werden sie nur unter kapitalistischer Herrschaft, wo sie nicht der Entlastung der Arbeiter, der Arbeitszeitverkürzung, sondern der maximalen Profitsteigerung der Unternehmer, der Verschärfung der Ausbeutung dienen. So gilt unser Kampf nicht etwa der Einführung von neuen Techniken, dem Bau von Industriebetrieben, sondern ihren negativen Auswirkungen auf das Proletariat, die werktätigen Schichten unseres Volkes. So kämpfen wir nicht für die Einführung vormonopolistischer Zustände, sondern des Sozialismus!

Doch kommen wir zu den Grünen, den Bunten, den Alternativen etc. zurück. Die Arbeiterklasse und unsere Partei sind daran interessiert, daß sich die kleinbürgerlichen Bündnisschichten unter ihrer Führung zusammenschließen. Tun sie das nicht, geraten sie unweigerlich unter die Führung der Bourgeoisie. Manche Ge-

Genossinnen und Genossen, was uns hier empfohlen wird, ist schlicht und einfach ein Anhängen, ein Hinterhertrotten hinter der spontanen

Forderungen, mit denen wir übereinstimmen wie zum Beispiel: der Kampf gegen die Atompolitik der Bundesregierung, gegen die Zerstörung der

aus heran.

Wie sieht es nun mit diesen kleinbürgerlichen Wahlzusammenschlüssen aus? Der Marxismus-Leninismus lehrt uns, daß

„Es ist die Hauptaufgabe der Partei, das Proletariat — und nicht etwa das Kleinbürgertum — in den Kampf um die Macht zu führen. Daraus ergibt sich, daß die Partei vorrangig solche Forderungen und Losungen aufstellt, solche Bewegungen und Kämpfe unterstützt und entfaltet, die geeignet sind, das Proletariat näher an die Positionen der Partei, an die Revolution heranzuführen."

organisieren. Spricht die Fredersdorfpartei — ähnlich der dänischen Antisteuerpartei — vor allem die Kleinunternehmer, selbständigen Handwerker und Kaufleute, Gewerbetreibende usw. an, so wenden sich die Bunten, die Alternativen etc. — ähnlich der Radikalen Partei in Italien, die sich aus Anarchisten, Ex-KPI-Revisionisten, Kriegsdienstverweigerern, freischwebenden Linken, Feministinnen und Homos zusammensetzt — vor allem an den vom sozialen Abstieg und Deklassierung bedrohten, teilweise schon deklassierten Teil der Intelligenz.

Kann nun aber eine solche kleinbürgerliche Parteiengründung, ein solcher Wahlzusammenschluß im Interesse des Proletariats, der Partei sein? Sicherlich nicht, denn hier handelt es sich um Zusammenschlüsse von Kleinbürgern, um ihre privilegierte Stellung als solche zu verteidigen, nicht aber darum, sich auf den Standpunkt des Proletariats zu stellen. Im Kommunistischen Manifest heißt es hierzu:

„Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revo-

Kohlekraftwerken. Sie kämpfen nicht nur gegen vermeidbare, von den Kapitalisten aus Profitgier verursachte Umweltverseuchung, sondern überhaupt gegen den Bau bzw. Ausbau von Industriebetrieben. Sie empfehlen uns Konsumverzicht — als wenn die Arbeiter im Kapitalismus jemals im Überfluß konsumierten — und predigen die Rückkehr zu den Urzuständen der Natur.

Hinter diesen Strömungen steckt das reaktionäre kleinbürgerliche Streben, die industrielle Entwicklung und ihren weiteren Vormarsch als Quelle der Ruinierung breiter Teile des Kleinbürgertums zu bekämpfen, das „Rad der Geschichte", wie Marx und Engels sagen, zurückzudrehen. Auf der gleichen Ebene liegt doch auch die sogenannte „antimonopolistische Ordnung", die zu errichten die DKP verspricht. Was soll denn das für eine Ordnung sein? Die des 19. Jahrhunderts? Auch hier die Anbiederung an das von der Ruinierung durch die Monopole, die Konzerne bedrohte kleine Unternehmertum. So haben auch die Nazis argumentiert, als sie den kleinen Händlern die Beseitigung der Warenhauskonzerne,

Tun sie das nicht, geraten sie unweigerlich unter die Führung der Bourgeoisie. Manche Genossen, die für eine Unterstützung dieser kleinbürgerlichen Listen durch die Partei eintreten, argumentieren — wie schon gesagt —, daß es sich um Bündnispartner des Proletariats handele, die man unterstützen müsse, um sie zu gewinnen. Sie übersehen dabei, daß die Partei innerhalb dieser Bündnisschichten nur jene politischen Strömungen unterstützen darf, die diese Schichten an die Positionen des Proletariats heranführen bzw. eine solche Entwicklung begünstigen.

Die Partei kann aber keineswegs solche Strömungen unterstützen, die es erschweren, daß das Proletariat und die kommunistische Partei den führenden politischen Einfluß auf diese Schichten erringen. Innerhalb dieser kleinbürgerlichen Wahlzusammenschlüsse sind offenkundig vor allem solche politischen Positionen führend vertreten, die eindeutig gegen die führende Rolle der Arbeiterklasse und der Partei kämpfen: Zirkel wie der KB oder die GRF, Spontis, Feministinnen, Homos, Randgruppenideologen u.a.m. [Wird fortgesetzt].

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Milliardeninvestitionen der Autokonzerne

Mit Vollgas in die Krise!

In der Automobilindustrie der EG sind Hunderttausende Arbeitsplätze bedroht

Seit Jahren hält in der Automobilindustrie ein sagenhafter Boom an. Nach wie vor sind die Auftragsbücher der deutschen Autoriesen prall gefüllt. Dennoch wächst in den Belegschaften die Unruhe, äußern die Kollegen immer häufiger die Sorge: „Wie sicher sind eigentlich unsere Arbeitsplätze?" In den letzten Wochen haben sowohl die deutschen wie auch die amerikanischen Automobilmultis riesenhafte Investitionen angekündigt. Dies hat die Unruhe und Besorgnis unter den Belegschaften nicht etwa beseitigt, sondern im Gegenteil noch gesteigert.

Auf Belegschaftsversammlungen, sei es bei Opel, Daimler oder VW, fordern Sprecher der Arbeiter immer häufiger: Die Bosse sollen endlich reinen Wein über ihre Rationalisierungspläne einschenken! Auch die Juniausgabe der „Zündkerze", der Betriebszeitung unserer Partei bei Opel in Bochum, erschien mit der Schlagzeile: „Die Rationalisierungspläne müssen auf den Tisch!"

Die Automobilindustrie gilt bekanntlich als das „Zugpferd" des gegenwärtigen Konjunkturaufschwungs. Wie kommt es, daß gerade jetzt die Sorgen der Automobilarbeiter bezüglich der Sicherheit ihrer Arbeitsplätze zunehmen?

Aber diese Befürchtungen sind alles andere als unbegründet! Schon einmal mußten die Kollegen die bittere Erfahrung machen, daß ein heftiger Autoboom plötzlich in sein Gegenteil umschlug. Es mag paradox erscheinen, dennoch ist gerade das beispiellose Investitionsfieber, das bei den großen Automobilkonzernen ausgebrochen ist, ein unheilkündendes Zeichen. Alles deutet heute darauf hin, daß die Autoindustrie sich mit Riesenschritten auf eine Überproduktionskrise gewaltigen Kalibers zubewegt. Der Konkurrenzkampf zwischen General Motors, Ford, Daimler-Benz, VW, Toyota usw. spitzt sich zu und tritt in ein neues Stadium.

Schon vor zweieinhalb Jahren erarbeitete die Kommission der EG eine Studie über die Entwicklung der Autoindustrie, in der festgestellt wird, ***„daß die europäische Autoindustrie in den Jahren 1975 bis 1985 mit den größten Schwierigkeiten ihrer bisherigen Geschichte konfrontiert sein wird"***. In dieser Studie wird aufgezeigt, daß sich auf dem allgemeinen Hintergrund sinkender Reallöhne, also einer Abschwächung der Massenkaufkraft, eine Stagnation auf den Absatzmärkten für Kraftfahrzeuge entwickelt und sich gleichzeitig die internationale Konkurrenz zwischen den Automultis aufs äußerste verschärft. Das bedeutet: Rationalisierungsfeldzüge und Vernichtung von Arbeitsplätzen. Diese Entwicklung ist zugleich auch dadurch gekennzeichnet, daß die Automultis mit einem enormen Investitionsaufwand antreten, um sich gegenseitig auf allen Märkten einen erbitterten Verdrängungskampf zu liefern.

Schon hat der größte Autokonzern der Welt, General Motors, seine Offensive auf den europäischen Automobilmärkten eingeleitet. 5,8 Milliarden Mark sollen allein in den Opel-Werken in Westdeutschland und Westberlin investiert werden. Diese Investitionen dienen hauptsächlich der Rationalisierung, Automatisierung und Modernisierung. Gleichzeitig aber baut GM mit einem Kostenaufwand von rund 4 Milliarden Mark drei neue Werke in Österreich und Spanien, darunter ein Montagewerk in Saragossa. In diesen Werken sollen 12000 Beschäftigte von 1982 ab jährlich 300000 Opel-PKWs eines völlig neuen Typs produzieren.

Außerdem hat GM auch in Jugoslawien ein Werk geschluckt, das jetzt ausgebaut wird. In diesem Werk werden künftig Bremstrommeln, Bremsscheiben, Naben und Hinterachsgehäuse produziert werden. Ferner baut GM zwei neue Teilewerke in Frankreich. Ein Teilewerk in Nordirland steht kurz vor der Fertigstellung.

Aber auch die bundesdeutschen Automultis treten die „Flucht nach vorn" an. VW will in den kommenden fünf Jahren 7 Milliarden Mark in aller Welt investieren. Unter anderem will VW auch in den USA ein weiteres Montagewerk errichten. Der Versuch der VW-Bosse, den amerikanischen Autoriesen Chrysler zu übernehmen und sich dadurch mit einem Schlag auf dem amerikanischen Markt eine breite Basis zu schaffen, scheint allerdings am Widerstand der US-Regierung gescheitert zu sein.

Am Fließband bei VW: Viele Arbeitsplätze sind gefährdet.

Auch der Daimler-Benz-Konzern hat für die nächsten Jahre ein Investitionsprogramm von 10 Milliarden angekündigt. Unter anderem errichtet Daimler auch ein Lastwagenwerk in den USA. In Bremen errichtet Daimler mit einem Finanzaufwand von einer Milliarde Mark ein Montagewerk für PKWs.

Daß die japanischen Autoriesen immer stärker auf den europäischen Markt drängen, ist bekannt. Allein im vergangenen Jahr konnten sie ihren Anteil auf dem Automarkt der Bundesrepublik um über 56 Prozent steigern. Und sie werden ihren Vormarsch fortsetzen. Aber auch die Ostblockländer machen Anstrengungen, sich größere Marktanteile für ihre Autoproduktion in aller Welt zu verschaffen.

Wenn die Auto-Kapitalisten uns erzählen, ihre gewaltigen Investitionen seien der Beweis für die Sicherung der bestehenden und die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, so sind das bewußte Lügen. In der EG-Studie, die allerdings nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist, wird eine ganz andere Sprache gesprochen. Da heißt es zum Beispiel ganz offen: Selbst wenn man voraussetze, daß sich die westeuropäische Automobilindustrie gegenüber der amerikanischen und japanischen Konkurrenz gut behaupten kann, werden „das Bedürfnis nach einer Verminderung der Beschäftigtenzahl in dieser Industrie ganz allgemein in den nächsten 10 Jahren und darüber hinaus spürbar werden".

Und über den Umfang der zu erwartenden Arbeitsplatzvernichtung in der Autoindustrie und den von ihr direkt abhängigen Bereichen innerhalb der EG heißt es in der Studie: ***„Es gibt ernstzunehmende Gründe für die Annahme, daß im Laufe der kommenden Dekade derSektor insgesamt nach und nach mehrere hunderttausend Arbeitsplätze gegenüber der augenblicklichen Lage verlieren wird."***

Die Arbeiter der Automobilindustrie haben also allen Grund, sich nicht durch leere Versprechungen der Kapitalisten und ihrer Handlanger beruhigen zu lassen. Sie müssen sich vorbereiten, um den Angriffen auf ihre Arbeitsplätze kampfstark begegnen zu können.

Zimmermädchen des Hilton-Hotels streikten

Düsseldorf. Am Dienstag vergangener Woche streikten 30 Zimmermädchen des Düsseldorfer Hilton-Hotels. Sie waren von einer Leihfirma („Sklavenhändler") an das Hotel zu einem Stundenlohn von 6 Mark vermietet worden, hatten jedoch mehrere Wochen keinen Lohn erhalten.

Streik in Hotel- und Gaststättengewerbe?

Spritzenstreik im Krankenhaus Neukölln (Westberlin)

Erfolg der Solidarität

Versicherungsschutz für Krankenschwestern erkämpft

13 Tage lang weigerten sich Schwestern und Pfleger der Chirurgischen Abteilung, den Patienten Spritzen in die Vene, in liegende Infusionssysteme oder in den Muskel zu geben. Diese Tätigkeit ist eigentlich eine ärztliche. Die Schwestern und Pfleger mußten sie zwar ausüben, waren jedoch im Gegensatz zu Ärzten für diese Tätigkeit nicht versichert. Im Falle von Schäden bei Patienten drohten ihnen daher hohe Gerichts- und Schadenshaftungskosten.

Der Kampf des Pflegepersonals im Neuköllner Krankenhaus war erfolgreich. Die Krankenhausleitung mußte sich nach 13 Tagen Spritzenstreik verpflichten, sämtliche Kosten zu übernehmen, die sich aus einem Zivilprozeß ergeben (vorausgesetzt, daß nicht grob fahrlässig gehandelt wurde), wenn es bei der Ausübung der genannten Tätigkeit zu Komplikationen kommt.

Zu dem Streik kam es so: Durch eine Pressekonferenz des Personalrats im Februar war bekannt geworden, daß wegen der schlechten Personallage im Krankenhaus sogar Krankenpflegeschüler und -schülerinnen spritzen mußten. Die Krankenhausleitung erließ nun bestimmte Dienstanweisungen, lediglich um sich selbst rechtlich abzusichern. In diesem Zusammenhang stellte sich heraus, daß die Schwestern und Pfleger in keiner Weise für ärztliche Tätigkeit versichert sind. So bestand für das Pflegepersonal beispielsweise die Gefahr, im Falle einer Schädigung eines Patienten nicht nur strafrechtlich verfolgt zu werden, sondern möglicherweise lebenslang eine Rente an einen geschädigten Patienten bezahlen zu müssen.

Das Pflegepersonal war erbittert. Es ist ohnedies schon immer der Lückenbüßer: Fehlen Putzfrauen — Schwestern und Pfleger putzen. Fehlen Transportpfleger — die Schwestern und Pfleger übernehmen auch deren Tätigkeit. Auf einer Personalversammlung im April wurde die Krankenhausleitung aufgefordert, die rechtliche Situation zu klären und für Versicherungsschutz zu sorgen. Es wurde eine Frist von 14 Tagen gesetzt. Aber was geschah? — Nichts.

Anfang Juni tauchten dann sogenannte „Spritzenbescheinigungen" auf, die nur der Absicherung der Krankenhausleitung dienten. Gleichzeitig wurde bekannt, daß die Krankenpflegeschule Injektionen und Spritzen nicht mehr unterrichtet. Das brachte das Faß zum Überlaufen. Die Schwestern und Pfleger der Chirurgischen Abteilung weigerten sich, weiterhin Spritzen zu geben. Auch zahlreiche Innere Stationen beteiligten sich an dem Streik.

Auch die Ärzte solidarisierten sich und richteten einen zusätzlichen „Spritzendienst" ein. Sie stellten fest, daß natürlich niemand gleichzeitig operieren und auf Stationen Spritzen geben kann und beschlossen, die Neuaufnahmen zur Operation drastisch zu drosseln. Neu kommenden Patienten, soweit nicht lebensgefährlich erkrankt, wurde geraten, sich an andere Krankenhäuser zu wenden.

Damit kam eine Lawine ins Rollen. Presse und Rundfunk nahmen sich der Sache an. Im Abgeordnetenhaus wurde eine Anfrage gestellt.

Nach einer Woche versuchte die Krankenhausleitung mit der Erklärung, sie selbst würde im Schadensfalle das Pflegepersonal nicht regresspflichtig machen, die Streikfront zu spalten. Damit hätte aber für das Pflegepersonal noch immer

kein Schutz bestanden, denn in solchen Fällen wird immer sowohl das Krankenhaus, als auch gleichzeitig derjenige, der die Spritze gab, verklagt. Die Betriebszeitung unserer Partei „Das Rote Rezept" und die RGO trugen durch Aufklärung dazu bei, daß dieser Betrug durchschaut wurde und die Streikfront fest blieb.

Erst nachdem die Krankenhausleitung sich schließlich verpflichtet hatte, für alle eventuell entstehenden Regressforderungen aufzukommen, und nachdem das Ergebnis ausführlich von den Beteiligten diskutiert worden war, wurde der Streik beendet.

Mit diesem Erfolg sind natürlich die Probleme noch längst nicht alle gelöst. Zum Beispiel stammt das Berufsbild der Krankenschwester noch aus dem vorigen Jahrhundert. Tariflich festgelegte Tätigkeitsmerkmale gibt es kaum. In den anderen Städtischen Krankenhäusern ist das Pflegepersonal immer noch nicht abgesichert. Deshalb ist der Kampf mit diesem Erfolg noch nicht zu Ende. Aber in diesem Streik wurden die Kollegen mächtig zusammengeschweißt. „Das Rote Rezept" schreibt: „Wer hätte vor einem Jahr geglaubt, daß so etwas bei uns möglich wäre? Und wir haben auch eine wichtige Waffe entdeckt, das Verweigern ärztlicher Tätigkeiten. Sie ist das erste, aber bestimmt nicht das letzte Mal von uns eingesetzt worden. Denn die Herren Senatoren haben ja vor, weiter Betten und Personal zu sparen."

Stuttgart. Seit sechs Monaten laufen im Hotel- und Gaststättengewerbe Baden-Württembergs Tarifverhandlungen. Sie wurden jetzt für gescheitert erklärt. Wenn es jetzt, während der Urlaubszeit, zu einem Streik kommen würde, wären die Kapitalisten dieses Gewerbes schön in der Klemme. Es muß möglichst schnell die Urabstimmung über den Streik durchgeführt werden!

Kfz-Mechaniker im Warnstreik

Hannover. In 14 Kfz-Reparaturwerkstätten in Hannover, Hildesheim und Göttingen haben die Beschäftigten am Dienstag letzter Woche mehrere Stunden lang gestreikt. Sie sind empört über die endlose Verschleppung der Manteltarifverhandlungen. Dieser Vertrag ist bereits seit mehr als vier Jahren gekündigt.

Urabstimmung im Einzelhandel von Rheinland-Pfalz

Düsseldorf. Nachdem die Tarifverhandlungen im Einzelhandel von Rheinland-Pfalz gescheitert sind, hat der Hauptvorstand der DGB-Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen die Urabstimmung beschlossen. Der Gewerkschaftsvorstand warf zugleich den Warenhauskonzernen vor, die regionalen Unternehmerverbände des Einzelhandels in Rheinland-Pfalz gezwungen zu haben, gegebene Zusagen zurückzunehmen und getroffene Tarifvereinbarungen zu brechen.

Serie • Teil 7

„Verbot der Aussperrung!" — Diese Forderung wird vor allem seit dem letzten Jahr massiv in den Betrieben und DGB-Gewerkschaften erhoben. „Verbot der Aussperrung" fordert auch die DGB-Führung. Scheinbar vertritt der DGB-Vorstand beim Kampf gegen den Aussperrungsterror der Unternehmer also die Forderung und das Interesse der Kollegen. Aber eben nur scheinbar. Denn während die klassenbewußten Kollegen dafür kämpfen wollen, daß der Bundestag per Gesetz die Aussperrung verbietet, lehnen die DGB-Führer gerade diesen Kampf für das gesetzliche Verbot der Aussperrung ab. Und das, obwohl auch auf dem 11. DGB-Bundeskongreß im Mai 1978 noch ausdrücklich vom gesetzlichen Verbot der Aussperrung die Rede war!

Verschiedene Formen der Aussperrung

Was heißt hier „Verteidigungsaussperrung"?!

Aussperrung ist immer Terror

Einige bürgerliche Juristen stehen auf dem Standpunkt, zwar komme ein generelles Verbot der Aussperrung nicht in Frage, jedoch sei die Berechtigung gewisser besonders scharfer Formen der Aussperrung in Zweifel zu ziehen. Ist dieser Standpunkt für die Arbeiterklasse annehmbar? Nein! Jede Form der Aussperrung ist ein aggressiver Akt und richtet sich gegen grundlegende demokratische Rechte der Arbeiterklasse. Deshalb muß unser Kampf auf das Verbot der Aussperrung in allen Formen zielen.

Das Bundesarbeitsgericht unterscheidet in seinen Urteilssprüchen zwischen verschiedenen Formen der Aussperrung. Da ist zunächst einmal die Rede von einer „Angriffs"— bzw. einer „Verteidigungs"aussperrung. Aber allein schon diese Begriffe sollen den wahren Sachverhalt verschleiern. Es soll der Eindruck erweckt werden, die Aussperrung sei höchstens dann ein aggressiver Akt, wenn der Arbeitskampf von der Unternehmerseite durch die Aussperrung eröffnet wird, ohne daß vorher ein Streik beschlossen oder angekündigt worden ist. Andernfalls aber sei die Aussperrung ein Verteidigungsschritt, sozusagen ein Sich-Wehren gegen Übergriffe der Arbeiter.

„Angriffs"- bzw. „Verteidigungs"aussperrung

Diese Theorie tut einfach so, als stünden sich mit Unternehmern und Arbeitern zwei gleichberechtigte Gruppen gegenüber und „im Konfliktfall" könne es sich dann sowohl von der einen als auch von der anderen Seite um einen Angriff handeln. Aber so liegen die Dinge natürlich nicht. Der „kleine Unterschied", den die Herren Richter hier übersehen, ist der, daß die Unternehmer im Besitz der Produktionsmittel sind, während die Arbeiter nichts außer ihrer Arbeitskraft haben. Es sind die Unternehmer, die grundsätzlich die Bedingungen bestimmen, unter denen die Arbeiter für den Profit des Unternehmers arbeiten und ihre Arbeitskraft erhalten müssen. In dem ständigen Bestreben, ihren Profit zu sichern und zu erhöhen, verändern die Unternehmer laufend diese Bedingungen. Sie rationalisieren, entlassen, erhöhen die Akkordsätze, steigern die Arbeitshetze, sperrten Arbeitern, ob im Streik oder nicht, wird der Arbeitsplatz entzogen. Damit wird ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage bedroht. Die Aussperrung dient in jedem Fall dazu, die Arbeiter zu zwingen, sich den Maßnahmen der Kapitalisten widerstandslos zu beugen. Jede Form der Aussperrung zielt also darauf ab, der Arbeiterklasse de facto das Streikrecht aus der Hand zu schlagen.

All dies macht deutlich, daß die Arbeiterklasse jede Form der Aussperrung bekämpfen muß, ob sie nun von der kapitalistischen Rechtssprechung als Verteidigungsmaßnahme hingestellt wird oder nicht. Ein Verbot, das nur auf die sogenannte „Angriffsaussperrung" beschränkt bliebe, würde indirekt eine massive Einschränkung des Streikrechts festschreiben. Von einem solchen Verbot wären beispielsweise alle großen Aussperrungen der letzten Jahre gar nicht betroffen gewesen.

pendierende" Wirkung. Durch diese Art der Aussperrung wird das Arbeitsverhältnis juristisch nicht aufgelöst. Bei der suspendierenden Aussperrung werden die Betroffenen „nur" vorübergehend ihres Arbeitsplatzes beraubt. Sie erhalten in dieser Zeit keinen Lohn und sind auf die Streikunterstützung durch die Gewerkschaft angewiesen. Wer nicht organisiert ist, steht ohne jedes Einkommen da.

Die suspendierende Aussperrung erhält ihre Bedeutung als wirkungsvolles Kampfmittel der Unternehmer hauptsächlich erst durch die von der DGB-Führung so geschätzte Taktik der Schwerpunktstreiks. Die Unternehmer haben bei Schwerpunktstreiks die Möglichkeit, auch diejenigen Belegschaften mit auszusperren, die von der Gewerkschaftsführung nicht in den Streik einbezogen wurde. Bei den Aussperrungen der letzten Jahre war die Zahl der nicht im Streik stehenden Ausgesperrten stets weit höher, als die Zahl der Streikenden, wie die folgende Aufstellung zeigt:

- **1963** Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden: 120.000 Streikende — 370.000 Ausgesperrte
- **1971** Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden: 120.000 Streikende — 300.000 Ausgesperrte
- **1976** Druckindustrie: 16.000 Streikende — 90.000 Ausgesperrte
- **1978** Druckindustrie: 11.000 Streikende — 32.000 Ausgesperrte

dierenden Aussperrung kontern, durch die auch die nicht im Streik stehenden Belegschaften betroffen werden, können die Kapitalisten auch in der Streiksituation die Arbeiter ihre Macht fühlen lassen. Sie können somit demonstrieren: „Der Herr im Hause sind wir, die Unternehmer!" Eine solche Aussperrung ermöglicht es den Unternehmern, im Arbeitskampf selbst die Initiative in der Hand zu behalten und außerdem die Spaltung zwischen den im Streik stehenden und den von der Gewerkschaftsführung aus dem Streik herausgehaltenen Belegschaften zu betreiben.

Lösende Aussperrung

Auch die suspendierende Aussperrung trifft die Ausgesperrten unmittelbar auf materielle Weise. Am schärfsten natürlich jene Kollegen, die nicht in der Gewerkschaft organisiert sind und die deshalb kein Streikgeld erhalten. Ein weit härterer Schlag für alle Betroffenen ist allerdings die „lösende" Aussperrung. Denn bei dieser brutalen Art der Aussperrung ist es für jeden Kollegen ungewiß, ob und unter welchen Umständen er am Ende wieder eingestellt wird. Das Bundesarbeitsgericht erlaubt den Unternehmern auch dieses brutale Vorgehen gegen die Arbeiter und Angestellten.

Zwar schränken die Herren Richter ein: nur unter „erschwerten Voraussetzungen" sei die „lösende" Aussperrung zu-

Kollegen und ihre Angehörigen demonstrierten gemeinsam in Hamburg für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze und gegen die Aussperrung.

müßten und daß die Diskriminierung einzelner Beschäftigter (z.B. aktiver Gewerkschafter) nicht erlaubt sei.

In ihrem Beschluß vom 21.4.1971 jedoch stellen die Bundesarbeitsrichter den Unternehmern einen regelrechten Freibrief für willkürlichen Entlassungsterror aus: ***„Der Arbeitgeber braucht keine Rücksicht auf die noch vorhandenen Arbeitsplätze zu nehmen. Er kann versuchen, den Arbeitsplatz anderweitig zu besetzen oder durch Rationalisierung, Produktionsverlagerung, Produktionseinstellung oder anderweitige Vergabe der Arbeit einzusparen."***

Hier zeigt sich sehr deutlich, von welchem reaktionären Geist das Bundesarbeitsgericht durchdrungen ist. Dieser arbeiterfeindliche Zynismus spricht Bände. Und von einem solchen Gremium erwarten die DGB-Führer, daß es den Unternehmern das Aussperren verbietet?

Für Streiks, die als rechtswidrig abgestempelt werden (z.B. sogenannte wilde Streiks) läßt das Bundesarbeitsgericht sogar noch das Diskriminierungsverbot fallen. In dem Urteil von 1971 heißt es dazu: ***„War der Streik dagegen rechtswidrig, braucht der Arbeitgeber solche Arbeitnehmer nicht wiedereinzustellen, die die Rechtswidrigkeit des Streiks erkannten oder erkennen mußten und sich trotzdem in diesem Streik hervorgetan oder ihn sogar angezet-***

Unternehmer legen bestimmte Betriebe oder Teile von Betrieben zeitweise still und schicken die dort Beschäftigten nach Hause. Sie begründen diese faktische Aussperrung damit, daß angeblich infolge des Streiks Materialzulieferungen ausbleiben oder daß die zu produzierenden Erzeugnisse an bestreikte Betriebe zur Weiterverarbeitung geliefert werden müssen. Durch die kalte Aussperrung, die offiziell nicht als Aussperrung gilt, sondern als „technisch" bedingte Stillegung haben die Unternehmer eine Möglichkeit, außerhalb des von dem Arbeitskampf unmittelbar betroffenen Tarifgebietes bzw. auch in anderen Branchen Druck auf die Arbeiterklasse auszuüben.

Die kalte Aussperrung kann die betroffenen Kollegen finanziell empfindlich treffen. Denn unter Umständen stehen sie alle, ob Gewerkschaftsmitglieder oder nicht, ohne jede Unterstützung da. Einerseits haben die Kollegen keinen Anspruch auf Streikgeld, andererseits ist es möglich, daß sie auch vom Arbeitsamt keine Unterstützung erhalten. Denn da gibt es den Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes, der die Bundesanstalt für Arbeit zur „Wahrung der Neutralität" bei Arbeitskämpfen verpflichtet.

Nach diesem Paragraphen ist die Bezahlung von Kurzarbeitergeld bei vorübergehender Stillegung im Zusammenhang mit Streiks eine Verletzung der Neutralitätspflicht. Vorausge-

nehmer laufend diese Bedingungen. Sie rationalisieren, entlassen, erhöhen die Akkordsätze, steigern die Arbeitshetze, versuchen die Löhne zu drücken, erhöhen die Preise, usw. usf. Sie greifen also ständig die Rechte der Arbeiterklasse an.

Auf der anderen Seite ignoriert das Gerede von der „Verteidigungsaussperrung" die Tatsache, daß jede Form der Aussperrung einen Akt brutaler Erpressung darstellt. Den ausge-

ben. Von einem solchen Verbot wären beispielsweise alle großen Aussperrungen der letzten Jahre gar nicht betroffen gewesen.

Suspendierende Aussperrung

Die in den letzten Jahren gegen die Metallarbeiter, Drukker und Setzer und gegen die Stahlwerker angewandten Aussperrungen hatten jeweils keine „lösende" sondern eine „sus-

- **1978** Druckindustrie: 11.000 Streikende — 32.000 Ausgesperrte
- **1978** Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden: 80.000 Streikende — 200.000 Ausgesperrte
- **1978/79** Eisen- und Stahlindustrie: 30.000 Streikende — 80.000 Ausgesperrte (in der ersten Streikphase)

Indem sie einen Schwerpunktstreik mit einer suspen-

Speyer: Kollegen sammeln Unterschriften gegen die Aussperrung.

Richter ein: nur unter „erschwerten Voraussetzungen" sei die „lösende" Aussperrung zulässig. Als solch eine Voraussetzung gilt aber schon, „wenn ein Streik über längere Zeit andauert". Die Unternehmer können in einem solchen Fall eine suspendierende Aussperrung in eine lösende umwandeln. Sie können aber auch die lösende Aussperrung verhängen, ohne daß sie zuvor suspendierend ausgesperrt haben.

Die lösende Aussperrung kommt einer fristlosen Kündigung aller Beschäftigten gleich. Das Arbeitsverhältnis bleibt in diesem Fall nur bei Betriebsrats- bzw. Personalratsmitgliedern, Schwerbeschädigten und bei solchen Frauen bestehen, die unter den Mutterschutz fallen. Diese Form der Aussperrung kann vom Unternehmer also auch dazu ausgenutzt werden, Arbeitsplätze zu vernichten. Ausdrücklich wird den Kapitalisten vom Bundesarbeitsgericht das Recht zugestanden, die lösende Aussperrung zu einer völlig willkürlichen Entlassungs- und Arbeitsplatzvernichtungspraxis auszunutzen. Zwar gab das Bundesarbeitsgericht als Richtlinie aus: Bei einer lösenden Aussperrung gelte, daß die Betroffenen „im Allgemeinen" wieder eingestellt werden

oder erkennen müßten und sich trotzdem in diesem Streik hervorgetan oder ihn sogar angezettelt haben."

Auch wenn die großen Verbandsaussperrungen der letzten Jahre „nur" suspendierende Aussperrungen waren, so bedeutet das nicht, daß die lösende Aussperrung ein Relikt der Vergangenheit wäre. Bei den zahlreichen kleinen Aussperrungen der vergangenen 30 Jahre, die auf einzelne Betriebe beschränkt waren, handelte es sich meist um lösende Aussperrungen. Im übrigen droht bei jeder suspendierenden Aussperrung die Gefahr, daß die Kapitalisten die ihnen vom Bundesarbeitsgericht gewährte Möglichkeit nutzen und zu einer lösenden Aussperrung übergehen.

Die kalte Aussperrung

Die bisher angeführten Formen der Aussperrung finden auf einem begrenzten Kampfschauplatz statt: innerhalb eines Tarifgebietes oder im Rahmen einer bestimmten Branche. Die Besonderheit der sogenannten kalten Aussperrung besteht hingegen darin, daß sie offiziell gar nicht als Aussperrung läuft. Die

legung im Zusammenhang mit Streiks eine Verletzung der Neutralitätspflicht. Vorausgesetzt, daß in dem betroffenen Betrieb parallele bzw. gleiche Tarifforderungen aufgestellt sind, gilt dies auch, wenn der Betrieb außerhalb des Tarifgebietes liegt, in dem gestreikt wird.

Daß die kalte Aussperrung von den Unternehmern bewußt als Kampfmittel eingesetzt wird, läßt sich am Beispiel des Streiks der schwäbischen Metaller vom Frühjahr '78 zeigen. Damals wurde in stillgelegten Betrieben unmittelbar nach dem Abbruch des Streiks die Arbeit wieder aufgenommen, obwohl der behauptete Materialmangel kaum so plötzlich beseitigt werden konnte. Aber die „produktionstechnischen Gründe" spielten offenkundig jetzt keine so große Rolle mehr.

Jede Form der Aussperrung ist ein Verbrechen, ob Angriff oder „Verteidigung", ob suspendierend oder lösend oder ob es sich um eine Aussperrung handelt, die unter dem Vorwand von produktionstechnischen Streikfolgen verhängt wird. Alle diese Formen der Aussperrung müssen gesetzlich verboten werden, damit der Unternehmerwillkür hier wirklich Zügel angelegt werden.

Hamburg: Antifaschistische Projektwoche

Beispiel antifaschistischer Arbeit an einer Gesamtschule

Programm, Berichte, Eindrücke

An der Gesamtschule Horn führten Schüler und Lehrer vom 25. bis 31. Januar 1979 eine Projektwoche über Faschismus und Neofaschismus durch. Die Projektwoche ist ein gutes Beispiel für eine erfolgreiche antifaschistische Aktion einer Gesamtschule. Leider wurden wir erst jetzt darauf aufmerksam gemacht.

Über die Zielsetzung der Projektwoche heißt es in einem Schreiben der Mitarbeiter: „Wir wollen — nach vielen Wochen Unterricht über die Weimarer Republik und den Hitler-Faschismus — die Schüler durch die Projektarbeit in die Lage versetzen, eine antifaschistische Grundhaltung zu erwerben. Sie sollen ihre Kenntnisse und diese Haltung in der Argumentation mit anderen Schülern und Interessierten, Gästen und Eltern in diesem Rahmen festigen. Wir wollen sie rüsten, Gefahren wie der Hitlerwelle (-mode), beschönigenden Lügen der Neonazis und anderen Angriffen auf die Menschenrechte begegnen zu können. Auch Schüler — ebenso wie Erwachsene — sollen durch Information, Argumentation und kontroverse Diskussion ihre moralische und politische Verantwortung entwickeln dafür, daß Verbrechen, wie sie während der Naziherrschaft geschahen, in Deutschland nie wieder möglich sind."

In verschiedenen Arbeitsgrupppen wurden vom 25. Januar an die Projektwoche intensiv vorbereitet. Zu den Veranstaltungen wurden die Eltern der Schüler und die Öffentlichkeit eingeladen. Über die Projektwoche wurde eine Dokumentation erstellt, aus der einige Beiträge auf dieser Seite entnommen sind.

„Die Schüler

andere Wandzeitungen beschäftigten sich mit dem Widerstand

Eindrücke aus

Auszüge aus dem Programm der Projektwoche

„Gruppe 1 — Bergen-Belsen bereitet ihre Fahrt vor"

Donnerstag, 25. 1., 8.00 bis 13.00 Uhr

Gruppe 1 — Bergen-Belsen bereitet ihre Fahrt vor.

Gruppe 2 — Paul A. Weber fährt nach Ratzeburg in die Ausstellung des Künstlers. Es gibt hier eine Untergruppe, die sich mit Heartfield beschäftigt.

Gruppe 3 — Filme beginnt mit ihrer Arbeit; sie will alle verfügbaren Filme zum Thema sichten, mit dem Ziel, einige in Filmveranstaltungen vorzuführen.

Gruppe 4 — Musik: Auch sie will das vorhandene Material sichten: Schallplatten, Tonbänder, Liedertexte, mit dem Ziel, Lieder und antifaschistische Musik vorzutragen.

Gruppe 6 — Theater: beginnt mit der Arbeit: untersuchen, welche Stücke es gibt aus der Zeit des Nationalsozialismus über diese Zeit. Sie will ein Theaterstück heraussuchen, das charakteristisch ist und auch einen Bezug zur heutigen Zeit hat, was aufgeführt werden soll. Außerdem soll eine Wandzeitung und ein Büchertisch erstellt werden.

Gruppe 7 — Neo-Nazis wird in vier Untergruppen folgende Fragen untersuchen:

a) Antifaschistenprozeß

b) Verflechtung der neonazistischen Organisationen untereinander

c) einzelne neonazistische Gruppen

d) Aktionen der neonazistischen Gruppen und Gegenaktionen.

Die Ergebnisse sollen in Ausstellungen, Bildern und Wandzeitungen dokumentiert werden.

Gruppe 9 — Schriftsteller bereitet eine Veranstaltung mit antifaschistischen Schriftstellern vor. Die Gruppe will außerdem eine Buchausstellung durchführen und Unterrichtsgespräche mit jüngeren Schülern machen.

Gruppe 11 — Interviews hat sich in mehrere Untergruppen aufgeteilt, die folgende Themen gewählt haben:

a) Widerstand in Horn. Die Gruppe will sowohl Literatur auswerten als auch Horner Bürger nach ihren Erfahrungen befragen.

b) Interviews mit Bürgerschaftsabgeordneten

c) Anne Frank. Die Gruppe wird zunächst das „Tagebuch der Anne Frank" lesen und dann eine Umfrage machen.

d) Fragen zum Zweiten Weltkrieg

e) Fragen zur Person Hitlers

Gruppe 12 — Frauen im Faschismus will Kontakt mit Frauen aus dem antifaschistischen Widerstand aufnehmen, mit ihnen Interviews machen und eventuell auch in die Schule einladen. Die Gruppe wird eine Dokumentation und Ausstellung zusammenstellen.

Gruppe 14 — Dokumentation und Werbung wird u.a. eine Broschüre über die Projektwoche anfertigen.

Gruppe 15 — Überblick 1933-45 beginnt mit der Erstellung ihrer Wandzeitung.

„Die Schüler haben noch nie so begeistert gearbeitet“

Bericht einer Teilnehmerin

Nach langen Vorbereitungen und Diskussionen hatten die Schüler der sechs Parallelklassen des Jahrgangs 10 eine Woche Zeit, in verschiedenen Arbeitsgruppen, die sie frei wählen konnten, sich mit dem Thema Nationalsozialismus zu beschäftigen. Eine zufällige Unterstützung erhielten wir praktisch dadurch, daß kurz vor Beginn der Projektwoche der Film „Holocaust“ im Fernsehen gezeigt wurde, so daß ein verstärktes Interesse bei den Schülern bestand.

Nachdem die Schüler drei Tage lang intensiv gearbeitet hatten — zum Teil hatten sie noch nie so begeistert gearbeitet — wurden dann alle Arbeitsergebnisse in einem großen Schulzentrum ausgestellt. Welch ein erfreuliches Bild, wenn man das Zentrum betrat! Unter den mit großen Buchstaben geschriebenen Losungen „Nie wieder Krieg!“ und „Nie wieder Faschismus!“ war eine riesige Wandzeitung angebracht worden. Im Mittelpunkt dieser Wandzeitung befanden sich Materialien zu alten und neuen Nazis, aber auch — groß herausgestellt — Auszüge aus dem Potsdamer Abkommen, in dem alle Deutschen aufgerufen werden, jede Form des Faschismus aktiv zu bekämpfen. Auch die Materialien zu den Faschisten und Neofaschisten waren jeweils kommentiert. Es fanden sich Darstellungen von antifaschistischen Aktionen und ein Teil der Wandzeitung beschäftigte sich mit dem Hamburger Antifaschistenprozeß.

An anderen Wänden war die Geschichte des antifaschistischen Widerstandes in Horn, dem Stadtteil der Gesamtschule, dargestellt. Auf der Empore befand sich eine lange Wandzeitung mit einer Chronologie des Faschismus. Wieder andere Wandzeitungen beschäftigten sich mit dem Widerstand der Frauen im Faschismus; zu diesem Thema gab es an einem Vormittag eine Veranstaltung, zu der auch betroffene Frauen eingeladen waren.

Im Rahmen der Projektwoche gab es eine Veranstaltung mit der Schriftstellerin Peggy Parnass und einem der Angeklagten aus dem Hamburger Antifaschistenprozeß. Die Beteiligung der Eltern und Lehrer war nicht so groß, wie man sich das gewünscht hätte, aber ich hatte doch den Eindruck, daß von der Vorstellung eine Menge zu lernen war: Da gab es einen Bericht vom Majdanek-Prozeß, und wie zuvorkommend dort die Angeklagten behandelt wurden; da gab es — gegenüberstellend — den Bericht des Angeklagten aus dem Antifaschistenprozeß, in dem die Antifaschisten wie Schwerverbrecher behandelt wurden. An der anschließenden Diskussion über das Verbot von Nazi-Organisationen beteiligten sich auch die Tochter von Fiete Schulz, Frau Giffey, und ihr Mann, die sich entschieden für das Verbot aussprachen.

Besonders gut gefiel mir die Schülermusikgruppe, die vor Beginn der Lesung von Peggy Parnass antifaschistische Lieder vortrug. Ihren Vortrag leitete sie mit einem kleinen Referat über Sinn und Funktion dieser Lieder ein. Gerade die in den KZs geschriebenen Lieder — „Die Moorsoldaten“ zum Beispiel — sollten die Solidarität unter den Gefangenen herstellen und den Widerstand organisieren helfen.

Bezeichnend erschien mir noch, daß in den verschiedenen Beiträgen und in der Ausstellung nicht nur die Erscheinungsformen, sondern auch die Hintergründe des Faschismus dargestellt wurden…

Eindrücke aus dem KZ Bergen-Belsen (Bericht zweier Schüler)

Wir möchten berichten, was wir empfanden und was für Gedanken uns beschäftigten, als wir in Bergen-Belsen waren. Als wir ankamen, machten wir uns Gedanken darüber, wie es wohl sein würde, über das Gelände zu gehen, auf dem früher einmal ein KZ stand.

Ziemlich am Anfang des uns so lang erscheinenden Weges zur eigentlichen Gedenkstätte wurden wir von einem Schild zur Ruhe gemahnt, das einen sehr bedrückenden Eindruck auf uns machte. Während wir weitergingen, waren wir ziemlich entsetzt: Durch den weißen Schnee wirkte alles leicht unwirklich und vertuscht, aber trotzdem war es noch sehr beeindruckend und unheimlich zugleich, diese riesigen Massengräber und die verstreut liegenden Einzelgräber zu sehen. Was für Schicksale mag es hier gegeben haben, und wieviele Familien mögen hier wohl liegen?

Und nun zum Dokumentenhaus: Am meisten beeindruckten uns noch die riesigen Bilder von ausgehungerten Leichen und offenen Massengräbern, außerdem noch die Berichte über die Vergasungen in den Gaskammern.

Am Anfang dieses Berichts schrieben wir etwas über eine Tafel, die uns zur Ruhe mahnte, groteskerweise aber befand sich direkt neben dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen ein Truppenübungsplatz der NATO…

d) Aktionen der neonazistischen Gruppen und Gegenaktionen.

Gruppe 15 — Überblick 1933-45 beginnt mit der Erstellung ihrer Wandzeitung.

Die Musikgruppe (Bericht eines Schülers)

Es begann damit, daß einige Leute Liederbücher mit nach Hause bekamen. Dort suchten sie Lieder aus, die dann auf Matrize geschrieben wurden. Daraus wurde dann ein Liederbuch, das für 20 Pfennig verkauft wurde.

Warum diese Lieder:

Es sind Lieder, die im Kampf gegen den Faschismus angewendet wurden. Bella Ciao z.B. ist ein internationales Lied gegen den Faschismus geworden. „Die Moorsoldaten“ war ein Lied, das im KZ Bürgermoor entstanden ist. Diese Lieder, und alle anderen, die wir ausgesucht haben, sind Lieder, die gegen den Faschismus eingesetzt wurden. Diese Lieder, die Entstehungsgeschichte und ihre Bedeutung müssen weitergegeben werden, damit man nie vergißt, wie grausam der Faschismus ist.

Ich fand es sehr gut, daß so viele mitgesungen haben. Es war eine tolle Stimmung, als wir auftraten! Bei den „Moorsoldaten“ sangen die meisten mit, aber auch viele andere Lieder waren bekannt. Es hat uns allen Spaß gemacht, in der Musikgruppe zu arbeiten.

Übrigens die SPD…

Übrigens lieh sich auch die SPD-Ortsgruppe Billstedt die Ausstellung der Gesamtschule Horn für eine antifaschistische Ausstellung aus. Bezeichnenderweise aber stellte sie den Teil, der sich mit dem Hamburger Antifaschistenprozeß beschäftigte, nicht aus. Das ging den Herren von der SPD denn doch zu weit…

Nach 7 Jahren Isolationshaft:

Irmgard Möller in Lebensgefahr!

Durchbrecht die Bonner Nachrichtensperre!

Zahlreiche Proteste im In- und Ausland machen auf die lebensgefährliche Situation aufmerksam, in der sich Irmgard Möller befindet. Sie hat an einem Hungerstreik von insgesamt 40 politischen Gefangenen teilgenommen, die damit eine Änderung der mörderischen Haftbedingungen erreichen wollen, unter denen in westdeutschen Gefängnissen die politischen Gefangenen gehalten werden.

Irmgard Möller sitzt seit sieben Jahren in Haft! Sie wurde zu lebenslanger Haft verurteilt, weil sie an dem Bombenanschlag auf eine Heidelberger US-Kaserne beteiligt gewesen sein soll. Damals, zur Zeit des Aggressionskrieges der USA gegen Vietnam, waren zwei US-Offiziere getötet worden. Dieses Bombenattentat galt seinerzeit dem in Heidelberg stationierten US-Army-Computer, der an der Luftleitführung der mörderischen B-52-Bomber, die den Tod nach Vietnam brachten, beteiligt war. Irmgard Möller ist außerdem die einzige Überlebende jener „Nacht von Stammheim", in der Baader, Raspe und Ensslin durch „Selbstmord" ums Leben kamen.

Seit sieben Jahren, ununterbrochen, muß Irmgard Möller die Isolationshaft ertragen. In einer Presseerklärung ihres Anwalts heißt es: „Die verantwortlichen Stellen weigern sich nach wie vor, die von ihnen gesetzte Ursache für den lebensbedrohlichen Zustand von Irmgard Möller — nämlich die zerstörerischen Haftbedingungen — auch nur in Ansätzen zu verändern. Sie wissen spätestens durch die ärztlichen Gutachten von Dr. Naeve und Dr. Stoewsand (1975) und durch die Feststellung von Dr. Henck (1978), daß die von ihnen zu verantwortenden Haftbedingungen schwerste physische und psychische Schäden bewirken. Jetzt zeigt das Verhalten der Verantwortlichen an, daß eher der Tod von Irmgard Möller in Kauf genommen wird, als Haftbedingungen zu schaffen, die es ihr ermöglichen, als politischer Mensch zu überleben..."

Trotz zahlreicher Proteste hat sich die Bonner Regierung bisher in Schweigen gehüllt. Mehr noch, sie hat die bürgerliche Presse offenbar angewiesen, über den Hungerstreik und die Haftbedingungen der politischen Gefangenen zu schweigen. Stattdessen hat sie eine breit angelegte Propagierungskampagne für die Hochsicherheitstrakte angekurbelt. Die Hochsicherheitstrakte laufen auf eine Zerstörung der Persönlichkeit der Gefangenen und ihren langsamen Tod hinaus.

In der Presseerklärung heißt es weiter: „Irmgard Möller ist die letzte Überlebende der Todesnacht vom 18.10.1977 in Stammheim. Das Urteil des Landgerichts Heidelberg auf lebenslange Freiheitsstrafe — das übrigens bis heute Irmgard Möller, die bei der Verkündung nicht anwesend war, durch das Gericht nicht einmal zur Kenntnis gebracht worden ist — verhindert, daß sie selbst in Freiheit ... den Mordanschlag aufklärt bzw. die Hintergründe untersucht. Es muß vor der Öffentlichkeit die Frage gestellt werden: Wer hat ein Interesse am Tod von Irmgard Möller?"

Die 40 politischen Gefangenen haben am 26. 6. ihren Hungerstreik unterbrochen, den sie am 20. 4. begonnen hatten. Die Forderungen, für die sie kämpften und noch kämpfen, sind: Haftbedingungen, die den Mindestgarantien der Genfer Konventionen und der Internationalen Menschenrechtsdeklaration der UNO entsprechen, die Zusammenlegung von politischen Gefangenen, die Abschaffung der Isolationstrakte und Isolationsbunker, die Freilassung der Schwerverletzten, Günter Sonnenberg und Irmgard Möller, sowie die Überwachung der Haftbedingungen durch ein internationales Gremium.

Es ist bezeichnend, daß im Bonner Staat heute wieder solche Forderungen erhoben werden müssen. Wenn man in diesem Staate menschliche Haftbedingungen haben will, dann muß man tausendfacher KZ-Mörder gewesen sein. Dann kann man sogar mit einem Freispruch und anschließender Haftentschädigung rechnen.

In der Presse verharmlost und totgeschwiegen

Verjährung — niemals

Majdanek-Lokaltermin in Lublin

Schon einmal war die polnische Stadt Lublin in der Hand der deutschen Faschisten. Das war während der finstersten Zeit der Nazi-Besatzung. In der Nähe der Stadt errichteten die Nazis das Konzentrationslager Majdanek, eine der grausamsten und fürchterlichsten Stätten des ganzen Nazi-Reichs. Allein hier wurden mindestens eineinhalb Millionen Menschen vergast, verbrannt, totgeschlagen, erschossen, erhängt, erwürgt, ertränkt und mit Hunden zu Tode gehetzt. Noch heute gehen täglich Ströme von Besuchern von Lublin hinaus zum KZ Majdanek, um der Opfer der Nazi-Tyrannei zu gedenken.

Im Dezember 1978 — 33 Jahre später — war Lublin wieder „in deutscher Hand". Zumindest die Bar des Hotels „Unia". Gegen Abend war eine Gruppe gut gelaunter Damen und Herren eingetroffen. Sie lachen und scherzen. Ungehal-

auch in vielen anderen NS-Verfahren — immer wieder ein beliebter Vorwand für Richter, Staatsanwälte und Verteidiger, auf Kosten des Steuerzahlers kostspielige Reisen ins Ausland zu unternehmen. Vor allem die einschlägigen Verteidiger von KZ-Mördern — oftmals genauso faschistisch gesinnt wie ihre Mandanten - kennen sich inzwischen in Ländern wie Polen, Israel, USA, Kanada, Österreich und der UdSSR gut aus.

Die Reisen selbst betrachten sie als willkommenen Erholungsurlaub. Denn viel Arbeit fällt in der Regel nicht an. Das belegt auch die Reise jener Gruppe in Lublin:

Montag: Zwei Zeugen werden vernommen (einer der Anwälte ist nicht dabei, er schläft seinen Rausch aus). Nachmittags Besichtigung des KZ Majdanek (nicht alle Anwälte nehmen daran teil). Abends wieder Hotelbar.

Dienstag: Fahrt nach Warschau. Abends Treffen mit fünf weiteren Anwälten in der Bar „Jolantha", denn der Warschauer Nachtclub „ist ein Scheißladen".

Mittwoch: Die Vernehmung

In der Presse verharmlost und totgeschwiegen

Der Naziaufmarsch in Alzenau

Gegendemonstration Alzenauer Antifaschisten

Faschisten und Polizei in Alzenau.

Am 16. Juni verhinderten 40 000 Antifaschisten in Frankfurt das sogenannte Deutschlandtreffen der NPD. Daraufhin wichen die Faschisten in die nahegelegene bayrische Kleinstadt Alzenau aus. Über die dortigen Vorfälle berichtete die Presse — auch die Regional- und Lokalpresse — kaum.

In dem Städtchen Alzenau, das insgesamt nur 8000 Einwohner hat, kamen 2000 Faschisten zusammen. Sie sammelten sich im Alzenauer Industriegebiet, um in einem „eindrucksvollen Marsch" zum eigentlichen Kundgebungsplatz — dem Marktplatz — zu ziehen. Sie demonstrierten unter schwarz-weiß-roten Farben — den „Reichsfarben"; sie zogen unter Absingen der ersten Strophe des Deutschlandliedes und mit „Rot-Front-Verrecke"-Rufen durch die Stadt. Während dieser faschistischen Demonstration kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei fünf Polizisten verletzt wurden. Wie weit allerdings die Gegensätze gingen, zeigt sich schon daran, daß die Polizisten den Faschisten die bei der Auseinandersetzung beschlagnahmten Fahnentücher unverzüglich zurückgaben.

Auf dem Marktplatz hatten Antifaschisten eilig eine Gegenkundgebung zusammengetrommelt. Sogar ein Tuch mit der Aufschrift „Nazis raus aus Alzenau!" war vorhanden. Insgesamt 60 Menschen — hauptsächlich Alzenauer Jugendliche — protestierten so gegen den Nazi-Aufmarsch in dem Städtchen. Der Mut und das rasche Reagieren der Alzenauer ist ein wirklich anspornendes Beispiel für den antifaschistischen Kampf.

Gegen die Antifaschisten ging jedoch eine Übermacht faschistischer Schläger mit äußerster Brutalität vor. Sogar Kinder und alte Leute wurden zu Boden gestoßen. Die Faschisten erbeuteten das Transparent und verbrannten es öffentlich auf dem Marktplatz. Keine Polizei, die sonst schnell zur Stelle ist, wenn es umgekehrt den Faschisten an den Kragen geht, schritt da ein! Wie später bekannt wurde, waren die Schlägertrupps extra der faschistischen Demonstration vorausgefahren, um sich am Marktplatz „schon mal" um die Antifaschisten zu „kümmern".

Entgegen den Berichten der Lokalpresse trieben sich die Faschisten teilweise noch bis tief in die Nacht hinein in Alzenau herum, terrorisierten die Bevölkerung, kosteten ihre Übermacht aus. Der Nazi-Aufmarsch war eine Bedrohung und eine Provokation der gesamten Alzenauer Bevölkerung.

Gruppe gut gelaunter Damen und Herren eingetroffen. Sie lachen und scherzen. Ungehalten werden sie nur, als sie erfahren, daß die Bar kein Bier auf Lager hat. Sie bestellen stattdessen Wodka und Orangensaft.

Die Stimmung wird ausgelassen. Es läßt sich nicht bestreiten, sozusagen im Sturme haben die, offensichtlich deutschen, Touristen das Lokal für sich erobert. Gegen Mitternacht muß die Putzfrau die Getränke vom Boden aufwischen, und die Mädchen an der Rezeption sind bemüht, sich zweier betrunkener Touristen zu erwehren.

Vielleicht wissen sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht, daß die betrunkenen deutschen Touristen gar keine Touristen sind. Sie gehören allesamt einer Reisegruppe an, die mit einem der umfangreichsten NS-Verfahren der Bundesrepublik, dem Majdanek-Prozeß, zu tun hat. Drei Richter, zwei Staatsanwälte, zwei Nebenkläger-Vertreter und acht Verteidiger sind im Rahmen dieses Prozesses, bei dem es um die Ermordung von 250.000 Menschen geht, nach Polen gefahren, um Zeugen der Tat an Ort und Stelle zu vernehmen. Nicht alle Zeugen sind in der Lage oder bereit, nach Düsseldorf zu kommen. Mit gutem Grund. Die Art und Weise, wie die KZ-Opfer von gestern heute vor deutschen Gerichten behandelt werden, hat sich herumgesprochen.

Diese Tatsachen sind — wie schauer Nachtclub „ist ein Scheißladen".

Mittwoch: Die Vernehmung der Zeugin Dr. Anna Niedek fällt aus, da sie von einer Krankheit wieder genesen ist und nun doch nach Düsseldorf zur Aussage fahren kann. Also, Stadtrundfahrt, Einkaufsbummel, Bars, Restaurants . . .

Donnerstag: Die Vernehmung der letzten beiden Zeugen fällt aus. Der eine ist krank, die zweite Zeugin erscheint nicht, da ihr Bruder im Sterben liegt. Die Anwälte können aufatmen.

Freitag: Rückflug nach Düsseldorf. Samstag früh wird ein Gerichtstermin abgehalten. Das ist notwendig, da in einem ordentlichen Verfahren alle zehn Tage ein Prozeßtermin stattfinden muß. Ein anderer Tag kommt nicht in Frage, denn am Montag geht die Mannschaft wieder auf Reisen: diesmal nach Israel!

Auf diese Art und Weise verhöhnt der Bonner Staat die europäischen Völker, die ihr Blut im Kampf gegen Hitler gelassen haben. Diese Art von NS-Prozessen ist die vorweggenommene Praktizierung der Verjährung. Es kommt nicht nur darauf an, die Verbrechen der Nazis anzuprangern. Man muß auch diesen Staat bloßstellen, der in verbrecherischer Weise die Bestrafung der größten Greueltaten sabotiert und sich anschickt, auch offiziell die Politik des Nazi-Faschismus zu rehabilitieren.

Majdanek-Anklagevertreter am Stacheldrahtzaun von Majdanek: Oberstaatsanwalt Wroblewski, (Mitte), Staatsanwalt Ambach (rechts), der für die vier Majdanek-Freisprüche verantwortlich ist.

Der BND und die Faschisten

Der kürzlich verstorbene Reinhard Gehlen, Ex-Wehrmacht-General und langjähriger Chef des Bundesnachrichtendienstes (BND), pflegte auch in jüngerer Zeit noch enge Beziehungen zu Faschisten. Der Verleger der faschistischen „Deutschen Nationalzeitung", Frey, veröffentlichte nun einige Briefe, die Gehlen an ihn geschrieben hat. Darin heißt es unter anderem: „Sie wissen ja, daß ich parteipolitisch nicht Stellung nehmen kann, da ich in der Vergangenheit **stets dem großen Ganzen** dienen mußte und auch jetzt mich dann am wirkungsvollsten äußern kann, wenn ich diese parteipolitische Neutralität zumindest formal in Anspruch nehmen kann. Mit besten Grüßen und einem besonderen Gruß an Ihre Frau. Gehlen."

Weiterhin auf freiem Fuß

Der faschistische Bandenführer des „Kampfbundes deutscher Soldaten", Erwin Schönborn, ist von einem Frankfurter Schöffengericht zu einer Haftstrafe von 18 Monaten verurteilt worden. Dennoch bleibt er weiterhin auf freiem Fuß, weil er Berufung eingelegt hat.

Schönborns Kampfbund war dadurch in Erscheinung getreten, daß er Flugblätter verbreitete, die übelste antisemitische Hetztiraden enthielten und in denen die Verbrechen des Hitler-Faschismus geleugnet wurden. Außerdem gibt es vielfältige Verbindungen des Kampfbundes zu anderen neofaschistischen Banden. Schönborn war nicht wegen Volksverhetzung und Störung des inneren Friedens angeklagt worden, sondern nur wegen Delikten wie „Beleidigung" und „übler Nachrede"!

Klassenjustiz

Geschehen im Juli 1978: Ein 15jähriger Motorradfahrer fährt den Dackel eines 68jährigen Arztes aus Oberbayern an. Der Arzt zieht kurzentschlossen eine Pistole und schießt den Fünfzehnjährigen nieder. Er wird durch einen Lungendurchschuß schwer verletzt.

Jetzt war in München der Prozeß. Der Arzt machte „Notwehr" geltend und erklärte, er leide unter panischer Angst vor Rockern und Terroristen. Ein psychiatrisches Gutachten bescheinigte ihm ein „hirnorganisches Psychosyndrom". Das Urteil: Freispruch! Die im Urteil verfügte Einweisung in eine psychiatrische Klinik wurde — zur Bewährung ausgesetzt!

Verfahren eingestellt

Ein Verfahren gegen Genossin Renate Bichel, die presserechtlich verantwortlich für das Flugblatt der KPD/ML „Morgen bist Du der Terrorist" war, ist jetzt in Bochum eingestellt worden. In der Anklage war der Genossin unter anderem „Volksverhetzung" vorgeworfen worden. In dem Flugblatt hatte die KPD/ML klargemacht, daß der Ausbau des Bonner Antiterror-Apparats sich in Wirklichkeit gegen die Werktätigen richtet.

Tibor Schwarz, Aktivist der „Hansa-Bande", auf dem JN-Bundeskongreß in Osnabrück 1977

So geht's auch: Die „Hansa-Bande" bekommt von Antifaschisten eins drauf (Februar 1978).

Tibor Schwarz
Ehemals stellvertretender JN-Vorsitzender in Hamburg-Nord.
15.5.77: Beteiligt beim Schlägereinsatz anläßlich der DVU-Rudel-Veranstaltung in Hamburg-Osdorf.
22.7.77: Provokatorischer Aufmarsch der Bande anläßlich der Podiumsdiskussion „Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?"
23.7.77: Beteiligt am Schlägereinsatz an der U-Bahn Hamburg-Mundsburg.
20.8.77: „Ehrenwache" vor Kapplers Haus in Soltau.

Jung-Nazi in den Knast!

Volkskorrespondenz aus Hamburg

Die Freisprüche im Majdanek-Prozeß und das immer offenere Auftreten der Neo-Nazis bildeten den Anlaß für eine antifaschistische Demonstration im Norden Hamburgs:

Einer der gefährlichsten Nazis hier im Stadtteil ist Tibor Schwarz. Zu Beginn des Jahres schoß er mit einer Gaspistole aus einem Meter Entfernung auf einen Zwanzigjährigen in der U-Bahn, der einige Schüler gegen Tibor Schwarz verteidigen wollte (Schwarz hatte die Schüler bespuckt und beleidigt). Der Zwanzigjährige mußte mit Verbrennungen ins Krankenhaus. Der Nazi wurde festgenommen, jedoch wenig später wieder freigelassen, obwohl ein ganzes Waffenarsenal bei ihm gefunden wurde, das er auch noch behalten durfte!

In Langenhorner Buchhandlungen und an Kiosken dürfen offen faschistische Hetzschriften verkauft werden.

Etwa 60 bis 70 meist junge Menschen, aber auch Lehrer aus Langenhorner Schulen waren am Samstag, dem 9.Juni einem Aufruf u. a. der Antifaschistischen Aktion Langenhorn und mehrerer Langenhorner Schülergruppen gefolgt und hatten sich zu einer Demonstration zusammengefunden. Sie führte durch den Stadtteil zu einem Einkaufszentrum unter den Forderungen „Tibor Schwarz in den Knast", „Nazis raus aus Langenhorn", „Nie wieder Krieg" und „Keine Verjährung von Nazi-Verbrechen". Vor dem Einkaufszentrum wurde eine kurze Kundgebung abgehalten, auf der die zunehmende Faschisierung, sowie die Duldung von Nazi-Banden durch den Staat aufgezeigt wurden.

Im Anschluß daran zog man zur Wohnung von Tibor Schwarz (Timmstieg 4). Hier zeigte sich erneut, wie die deutsche Polizei Faschisten schützt: beim Versuch, die Kundgebung aufzulösen, wurde ein Antifaschist verhaftet.

Es war geplant, am Nachmittag ein Info-Fest zu veranstalten, was leider abgesagt wurde. So war die Aktion insgesamt zu kurz für eine größere Resonanz in der Bevölkerung.

Es muß überlegt werden, wie beim nächsten Mal eine größere Resonanz erreicht werden kann.

Tod dem Faschismus!
Keine Verjährung von Nazi-Verbrechen!

Panzerparade in Hildesheim

Volkskorrespondenz aus Hildesheim

34 Jahre nach Kriegsende rollte am 18. Juni pünktlich ab 18.30 Uhr durch Hildesheims Hauptverkehrsstraße quer durch die Innenstadt schweres Panzergeschütz. Anläßlich des 20jährigen Bestehens der Panzergrenadierbrigade 1 wurde eine „Feldparade" durchgeführt.

An der Panzerparade waren u.a. das Panzerbataillon 14 und das 5. schwere Artillerieregiment der britischen Rheinarmee beteiligt. Die Krönung dieser „Werbung für den Tod" waren 12 Panzerabwehrhubschrauber, die im Tiefstflug (30 bis 50 Meter) über die Häuser donnerten.

Etwa 1 Stunde vor Beginn hatten sich viele Schaulustige eingefunden, unter ihnen auch ca. 250 Gegner, die sich genau gegenüber der Ehrentribüne aufgestellt hatten. Als die ersten Panzer angedonnert kamen, wurden sie mit Pfiffen und Sprechchören empfangen. Während pausenlos die Sprechchöre „Nieder mit dem Militarismus", „Panzer raus aus Hildesheim", „Raus mit den Besatzertruppen" u.a. ertönten, nahmen Oberbürgermeister Heiko Klinge (CDU) und Landrat Friedrich Deike (SPD) nebst Kommandeuren und deren „Dämchen" die Parade ab. Trotz der vielen Schaulustigen wurde nur wenig applaudiert.

So eine Panzerschau ist offener Militarismus, ist eine Demonstration militärischer Stärke. Der aggressive Charakter dieser Protzerei mit schweren Waffen widerspricht den Abrüstungsbeteuerungen der herrschenden Politiker und entlarvt offen ihre Heuchelei.

Leserbrief von Klaus Singer

Seit Anfang dieser Woche steht

behindert und gestört werden

Unterzeichner in einer Lokal-

Leserbrief von Klaus Singer

Seit Anfang dieser Woche steht es fest: Am 6. Juli ist die Zeit meiner Haft vorbei. Das restliche Drittel der im Urteil ausgesprochenen Strafe wurde auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt. Selbst wenn dies natürlich seine zwei Seiten hat, so freue ich mich doch über diesen Erfolg — bedeutet er doch, daß damit die Zeit, in der durch meine Inhaftierung andere potentielle Straftäter abgeschreckt werden sollen (so stand es im Urteil), zu Ende geht.

Wie sehr diese Abschrekkung auch tatsächlich Wirkung zeigte, kann man daran ablesen, daß mich Hunderte von Karten und Briefen während der Dauer meiner Haft erreichten. Von Abschreckung und Einschüchterung zeugte dies allerdings nicht — im Gegenteil: Jede dieser Karten und Briefe war ein Beweis der Solidarität, war ein Beweis, daß meine Inhaftierung eher das Gegenteil bewirkte von dem, was sich vielleicht meine Richter erhofft hatten.

Ihr berichtet darüber, daß man zuletzt versucht hatte, mir ein neues Verfahren aus politischen Gründen anzuhängen. Im April '78 hatte die NPD in Rüsselsheim eine Kundgebung durchgeführt, die von zahlreichen Antifaschisten massiv behindert und gestört werden konnte. Ein Jahr später wurde mir dann ein Strafbefehl zugeschickt: Ich sollte mehrere Farbbeutel in die NPD-Kundgebung geworfen haben.

Nachdem man es zuerst so eilig hatte, das Verfahren zu

Klaus Singer

terminieren, daß vergessen wurde, die Ladungsfrist einzuhalten, platzte auch der zweite Termin: Der einzige Polizeizeuge sei bis Herbst verhindert. Vorausgegangen war eine Unterschriftensammlung, in der etwa 150 Leute gegen das Verfahren (wegen der gleichen Sache waren auch noch zwei andere angeklagt) protestierten und zugleich einwilligten, daß diese Liste samt den Namen der Unterzeichner in einer Lokalzeitung veröffentlicht werden könnte. Angesichts der politischen Verhältnisse in diesem Land hat das eine besondere Bedeutung.

Somit konnte in dieser Sache ein Teilerfolg erzielt werden, wobei die erwähnte Unterschriftenliste sicher ihren Anteil hat.

Wie gesagt — für mich geht nun die Zeit zu Ende, in der ich — stellvertretend für 5000 andere Demonstranten, die 1972 in München aus Anlaß des Roten Antikriegstages trotz Verbot auf die Straße gingen — inhaftiert war. Die letzten drei Monate konnte ich dabei unter besseren Umständen als die meisten anderen der insgesamt 11 anderen Genossen verbringen, die wegen der gleichen Sache ins Gefängnis gesteckt worden waren: Ich war „Freigänger", was für mich bedeutete, daß ich tagsüber das Gefängnis verlassen konnte, um „draußen" zu arbeiten. Aber: Unrecht bleibt Unrecht!

Ihr werdet euch sicher mit mir auf den 6. Juli, den Tag meiner Freilassung freuen! Das nächste Mal melde ich mich dann von außerhalb des Gefängnisses!

Rot Front!

Klaus.

Tod dem Faschismus!
Keine Verjährung von Nazi-Verbrechen!

ca. 250 Gegner, die sich genau gegenüber der Ehrentribüne aufgestellt hatten. Als die ersten Panzer angedonnert

schweren Waffen widerspricht den Abrüstungsbeteuerungen der herrschenden Politiker und entlarvt offen ihre Heuchelei.

Reiseland ALBANIEN

Albanien hat mehr zu bieten...

...als Karl-May-Lektüre und Presseklischees ahnen lassen. Auch als Reiseland. Das fängt schon an mit dem, was beim heutigen Touristenrummel keine Selbstverständlichkeit ist.

Erholung

Ideal für die ganze Familie.
- Sonne, Meerluft und Ruhe an einem der größten Strände der Adria;
- in der Feriensiedlung für albanische Werktätige bequeme Hotelanlagen direkt am Meer, kein Autoverkehr;
- breiter, flach abfallender Strand und tatsächlich noch sauberes Wasser.

Abwechslung

- Sport- und Spielmöglichkeiten;
- Vorführung albanischer Filme;
- Folkloreabende und Tanz;
- attraktive Ziele für Fahrten ins Landesinnere.

Eindrücke von Land und Leuten

Wer mehr darüber erfahren möchte, wie das ehemalige Armenhaus Europas sich in 35 Jahren Unabhängigkeit entwickelt hat, wie die sozialistische Gesellschaftsordnung aussieht, dem bietet die GFA ein ausgesuchtes Exkursionsprogramm mit Reiseleiter und Dolmetscher. Besucht werden:
- Städte in allen Teilen des Landes;
- Landwirtschafts- und Industriebetriebe
- Museen und kulturhistorische Stätten;
- andere Einrichtungen, Vorträge und Diskussionen mit albanischen Gesprächspartnern auf Wunsch.

Termine

20. 7.	3 Wochen	(noch einige Plätze
10. 8.	2 Wochen	oder 4 Wochen
24. 8.	2 Wochen	
7. 9.	3 Wochen	

Sonderpreise + + + noch billiger + + + Sonderpreise + +

Pauschalpreis pro Person

	Strandurlaub	mit Programm
2 Wochen	650	745
3 Wochen	775	870
4 Wochen	1050	1140

Kindermäßigung

3 bis 8 Jahre
400 (Ohne
475 Landfahrten)
—

Bis 3 Jahre KOSTENLOS (Kein Anspruch auf Sitzplatz im Flugzeug, Mahlzeiten und Kinderbett werden — wie international üblich — direkt im Hotel bezahlt).

Spezialangebote

- **Familienreise** 10. bis 24. August: Programm, das auf Eltern mit Kindern abgestimmt ist; Kinderbetreuer, besondere Kinderermäßigung: 3 bis 8 Jahre nur DM 300 (ohne Landfahrten); 8 bis 14 Jahre nur DM 550.
- **Rundreise durch Albanien**, 7. bis 28. September, DM 1120; Sonderprospekt anfordern.

Anmeldung und weitere Informationen:

Gesellschaft der Freunde Albaniens e.V. Postfach 11 16 05, 2000 Hamburg 11, Tel.: 040 / 850 27 36

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: .....

Straße: .....

Plz/Ort: .....

Datum: ..... **Unterschrift:** .....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Jetzt erhältlich

Preis DM 5.—; zu bestellen bei: Verlag Neue Zeit, Postfach 4304, 2300 Kiel 1; auch im Buchhandel

Juni im Bild

Frankfurt: Riesenpolizeiaufgebot gegen Antifaschisten

40 000 Antifaschisten demonstrierten am 16. Juni trotz Demonstrationsverbot in Frankfurt und verhinderten das „Deutschland-Treffen" der NPD. Gegen sie stand ein Riesenaufgebot von bewaffneten Polizei- und Grenzschutzeinheiten. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik wurde eine Kundgebung des DGB verboten.

Protest gegen US-Truppenübungsplatz

Rund 1000 Menschen protestierten im Wald von Lampertheim gegen die geplante Erweiterung eines amerikanischen Übungsplatzes zu einem Schießgelände. Durch die Erweiterung würden große Waldflächen vernichtet werden.

Streik dänischer Seeleute

Aus Protest gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze streikten und demonstrierten die Seeleute der Fähre Römö-Sylt. Mit Flugblättern warben sie um das Verständnis und die Solidarität der Fahrgäste. Das Bild zeigt eine Kundgebung in Flensburg, zu der mehrere hundert dänische Seeleute zusammenkamen.

Streik bei Thyssen-Henschel

Am 13. Juni verließen 3000 von 3900 Beschäftigten der Thyssen-Henschel-Werke in Kassel die Werkhallen und demonstrierten zum Rathaus der Stadt. Sie protestierten gegen den geplanten Abbau von 446 Arbeitsplätzen.

5. Todestag Günther Routhiers

Am 18. Juni, dem 5. Todestag des Genossen Günter Routhier, versammelten sich ca. 50 Menschen an seinem Grab — Angehörige, Freunde und Genossen. Sie legten einen Kranz nieder. Günther Routhier war 1974 an den Folgen eines Polizeieinsatzes gestorben.

Kampf dem Europa der Monopole!

Keine Stimme für das Europa der Monopole! — Unter dieser Losung riefen marxistisch-leninistische Parteien Europas — darunter die KPD/ML — zum Boykott der Europawahl auf. Unser Bild zeigt Genossen aus Emsdetten bei der Arbeit.

Albanien im 35. Jahr der Befreiung

Die Maschinenfabrik in der Oberschule

Teil 2

In der ersten Folge seiner Reportage über die „7.-November"-Schule in Tirana berichtete unser Redakteur über das „revolutionäre Dreieck" der Erziehung — die Einheit von Lernen, körperlicher Arbeit und militärischer Ausbildung. Er schilderte, wie in den Werkstätten dieser Schule von den Jungen und Mädchen komplette Drehbänke hergestellt werden. In dieser Folge geht es unter anderem um die Berufsaussichten der Schüler und um die Revolutionierung des albanischen Schulsystems.

Noch eine kleine Korrektur: Versehentlich wurde im letzten RM im Namen der Schule aus dem 7. ein 17. November gemacht.

„Hier wird die künftige Arbeiterklasse ausgebildet", sagen die Genossen von der „7.-November"-Schule. Den Jungen und Mädchen wird ein breites allgemeines Wissen vermittelt, auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Gleichzeitig und damit verbunden erlernen sie theoretische und praktische Fähigkeiten in verschiedenen handwerklichen und technischen Bereichen. Wenn sie nach dem Abschluß der Schule in den Betrieb gehen, haben sie auch schon bestimmte berufliche Qualifikationen und nach einer kurzen Zeit der betrieblichen Praxis werden die meisten von ihnen dann einen Status haben, der dem Facharbeiter bei uns entspricht.

Arbeitsplätze für jeden

Und wenn sie studieren wollen? nahme nach der Ausbildung? Hier steht für jeden ein Arbeitsplatz bereit. Denn die Wirtschaft in Albanien gehorcht nicht den Gesetzen der Profit-Anarchie. Sie wird von den werktätigen Menschen selbst planmäßig entwickelt. Und jeder junge Arbeiter, zumal ein qualifizierter, ist eine neue Kraft, um diese Wirtschaft zum Wohle der Menschen weiterzuentwickeln.

Aber zurück zur Schule „7.-November". Wenn man den Lehrplan nach den einzelnen Bereichen aufgliedert, so kommt man zu folgender Rechnung, die auch in den anderen Fachoberschulen des Landes gilt: pro Jahr sechseinhalb Monate Theorie, zwei Monate produktive Arbeit in den Schulwerkstätten oder im Betrieb, einen Monat militärische Ertüchtigung und zweieinhalb Monate Ferien. Von dieser Urlaubszeit ist in der Regel ein Monat der Teilnahme an den großen Aktionen der Jugend reserviert, wie dem Bau der Eisenbahnlinien, der Terrassierung von Hügeln oder in diesem Jahr besonders dem Neuaufbau der vom Erdbeben zerstörten Ortschaften. Von diesen Aktionen wird später noch die Rede sein.

Was nun die produktive Arbeit betrifft, so liegt ihr Nutzen für die albanische sozialistische Gesellschaft natürlich nicht ausschließlich in der Vermittlung bestimmter beruflicher Kenntnisse an die Schüler. Da gibt es andere und gewichtigere Gesichtspunkte. Die Jugend soll durch diese Form der Erziehung lernen, die geistige mit der körperlichen Arbeit zu verknüpfen. Sie soll in dieser Tätigkeit von den Arbeitern oder Genossen-

die ich eingangs erwähnt habe, tauchten auch später in den Erziehungsfragen ideologische Probleme auf, die sich dann in den sechziger Jahren derart verschärften, daß sie eine umfassende revolutionäre Lösung verlangten.

Die Pädagogik des neuen Albanien, die ja vollständig neu geschaffen werden mußte, stützte sich von Anfang an naturgemäß auf die pädagogischen Erfahrungen des ersten sozialistischen Staates, der damaligen Sowjetunion. Nun hatte aber auch die sowjetische Schule den Einfluß der bürgerlichen Erziehung nicht vollständig überwinden können. Sie war durch starke bürokratische Züge gekennzeichnet, wie zum Beispiel einer Trennung der Erziehung vom revolutionären Prozeß, der Überbetonung der formalen Autorität des Lehrers usw. Viele dieser negativen Züge wurden ebenso wie ein Teil der bürgerlichen Hinterlassenschaft des eigenen Landes in die neue albanische Schule übernommen.

Daraus ergab sich eine ungesunde Situation an den Schulen, die nicht mit den gewaltigen gesellschaftlichen Umwälzungen und der Notwendigkeit nach der Erziehung des neuen Menschen im Einklang stand. Die Ausbildung war im allgemeinen noch vom gesellschaftlichen Leben und von der Produktion getrennt. Die Unterrichtsmethoden waren durch starren Formalismus gekennzeichnet. Und auch mit den Beziehungen zwischen den Schülern und Lehrern stand es nicht zum besten. Viele Lehrer hielten sich für unfehlbar, die Schüler wurden zu einer mechanischen Disziplin angehalten. Das ebnete, wie die Albaner sagen, den Weg für den Technokratismus und verhinderte die Verankerung der revolutionären Massenlinie an der Schule, unterdrückte die Persönlichkeit der Schüler und ließ keinen Raum für eine wirklich demokratische Debatte.

Unter diesen Bedingungen wurde die Frage nach dem Sinn der Schule aufgeworfen. Soll sie Technokraten ausbilden, eine kleine intellektuelle Elite, die über ein Arsenal von abfragbarem Bücherwissen verfügt, die ihr Diplom in der Tasche hat und Karriere damit machen kann? Oder soll sie eine wirkliche Massenschule sein, allseitig entwickelte und gebildete sozialistische Persönlichkeiten herangebildet wer-

Volksdiskussion über die Schule

In Albanien entwickelten sich die revolutionären Ereignisse auch nicht spontan und chaotisch, sondern an der Spitze der Bewegung stand die Partei der Arbeit. Ihren V. Parteitag im Jahre 1966 könnte man als einen Ausgangspunkt für diese Kulturrevolution bezeichnen. Und der Führer der Partei, Genosse Enver Hoxha, griff in diese Bewegung — wie auch in die anderen großen Umwälzungen des neuen Albanien — persönlich ein. Er geißelte den muffigen Geist, die leeren schematischen Formeln an den Schulen, die Unterdrückung der Initiative der Schüler, stellte das Notensystem in Frage und gab bis in Einzelheiten praktische und konkrete Vorschläge zur Revolutionierung der Schule. (Seine Rede vom 7. März 1968 zu diesem Thema kann man nachlesen in den „Ausgewählten Reden und Aufsätzen", die im Verlag Roter Morgen erschienen sind).

Die Partei der Arbeit maß dieser Frage solche Bedeutung zu, daß sie eine Kommission für die Revolutionierung der Schule unter dem Vorsitz des Genossen Mehmet Shehu bildete. Die Partei stand an der Spitze dieser Bewegung, aber getragen wurde sie von den breiten Volksmassen. Nicht nur von den Schülern und den Lehrern, die unmittelbar betroffen waren. Zu Recht werden ja in Albanien die Erziehungsfragen als eine Sache des ganzen Volkes betrachtet. Und so wurde auch im ganzen Land eine breite Volksdiskussion entfaltet. Ihr Ergebnis waren tiefgehende Veränderungen in der albanischen Schule. Lehrpläne und Bücher wurden von allem bürgerlichen Unrat befreit. Das Ausbildungssystem wurde vollständig auf die Grundlage des Marxismus-Leninismus gestellt und der wissenschaftliche Sozialismus als Lehrfach verankert.

Die Trennung zwischen Theorie und Praxis wurde aufgehoben, die Bewegung riß alle Schranken, die die Schule vom revolutionären gesellschaftlichen Leben trennten, nieder. Dazu gehörten die Einführung der produktiven Arbeit an der Schule und auch die Einführung des militärischen Unterrichts. Denn ebenso wie die Produktionstätigkeit ist die Verteidigung des Vaterlandes ein Bereich, von dem die Schüler nicht künstlich isoliert

zur Verringerung des privaten Hoflandes in den Genossenschaften. Und schließlich machte diese Bewegung auch vor der Partei und dem sozialistischen Staatsapparat nicht halt. Gestützt auf die Massen und mit ihrer breiten Teilnahme wurden Bürokratismus und Kritikfeindlichkeit bekämpft.

„Eine reine, wirklich revolutionäre Gemeinschaft"

Damals erhielt die albanische Schule ihr heutiges Gesicht. Die revolutionäre Orientierung wurde gefestigt und weiter ausgebaut. Und wie stehen heute die Schüler der „7.-November"-Schule zu ihren Lehrern? Natürlich gibt es da noch Probleme, das bestreitet niemand. Aber das Verhältnis hat sich doch grundlegend geändert. Heute sind die Jugendlichen der „7.-November"-Schule an der Leitung ihrer Anstalt als gleichberechtigte Partner beteiligt. Ihre gewählten Vertreter sitzen gemeinsam mit den Lehrern in den verschiedenen Gremien, wie etwa den pädagogischen Räten, wo über Fragen der Erziehungsmethoden, der Lehrpläne, Schulbücher usw. beraten wird. Die Lehrer haben ein natürliches und kameradschaftliches Verhältnis zu ihren Schülern entwickelt. Gemeinsam nehmen sie an der produktiven Arbeit, an Aktionen, aber auch an Ausflügen und Festen teil. So ist auch die „7.-November"-Schule das geworden, was Enver Hoxha seinerzeit in der großen Debatte von der Schule gefordert hatte: „eine reine, einfache, warme, wirklich revolutionäre Gemeinschaft. In dieser Gemeinschaft werden Gefühle und Gedanken von Schülern und Lehrern ausgetauscht, und die Lehrer vermitteln ihr Wissen den Schülern."

In dieser Gemeinschaft sprechen auch die Eltern ihr Wort mit. Alle zwei Wochen ist in der „7.-November"-Schule Elternversammlung. Jede einzelne Klasse hat ein Elternaktiv, das von der Versammlung aller Eltern gewählt wurde, um auftauchende Probleme gemeinsam mit der Schule schnell zu lösen. Bezeichnend für die albanische Schule ist, daß die wichtigen Fragen von allen Beteiligten beraten werden, also von den Eltern gemeinsam mit den Lehrern und Schülern. Und dabei steht den Eltern auch der Weg in die verschiedenen Gremien der Schule, wie zum Beispiel die pädagogischen Räte offen.

Mit der albanischen Schule — diese Schlußfolgerung kann man ohne weiteres ziehen — hat die Partei der Arbeit zum ersten Mal in der Geschichte voll das verwirklicht, was Lenin ein Ideal der zukünftigen Gesellschaft nannte — die Einheit von Unterricht und produktiver Arbeit bei der breitesten Entfaltung der revolutionären Demokratie.

Im nächsten RM: Wo ein Arbeiter so viel wie ein Minister verdient. Besuch im Kohlebergwerk Valias.

Arbeitsplätze für jeden

Und wenn sie studieren wollen? „Jeder, der eine höhere Schule besucht hat, ganz gleich welcher Art, hat damit auch die Voraussetzung zum Studium. Allerdings gibt es bei uns keinen automatischen Übergang von der Schule zur Universität. Wenn ein Junge den Wunsch äußert, zu studieren, dann muß er grundsätzlich nach der Schule erst einmal ein Jahr in der Produktion arbeiten. Und ob dann sein Wunsch erfüllt wird, das hängt nicht zuletzt davon ab, wie sich seine Arbeitskollegen dazu stellen. Sie müssen nämlich ihre Zustimmung dazu geben."

Und wie steht es mit dem Arbeitsplatz? Eine Frage, die zuerst einiges Unverständnis auslöst. Aber die Schüler, Lehrer und Arbeiter wissen, woher ich komme und sie sind auch über die Probleme der Jugend in unserem Land orientiert. Nur, in Albanien kennt man solche Probleme nicht. Kein Ausbildungsplatz? Hier werden, wie ich selbst immer wieder erlebt habe, ganze Kampagnen gemacht mit dem Ziel, **jeden** Jugendlichen dazu zu bewegen, sich zu qualifizieren. Keine Über-

Die Jugend soll durch diese Form der Erziehung lernen, die geistige mit der körperlichen Arbeit zu verknüpfen. Sie soll in dieser Tätigkeit von den Arbeitern oder Genossenschaftsbauern, mit denen sie zusammenkommt, lernen und die Eigenschaften der Arbeiterklasse annehmen. Schließlich wird die Jugend durch diese Ausbildung auch zur Liebe zur Arbeit erzogen. Das Schwergewicht liegt also nicht auf der beruflich-technischen, sondern auf der ideologischen Seite, auf der Erziehung des neuen Menschen.

Der Kampf um die Revolutionierung der Schule

Nun darf man jedoch nicht denken, daß dieses großartige Erziehungsmodell den Albanern sozusagen in den Schoß gefallen wäre. Es mußte vielmehr in langwierigen harten Kämpfen durchgesetzt werden, und man kann heute durchaus sagen, daß dieses Modell eine eigenständige Schöpfung der Partei der Arbeit und des albanischen Volkes ist, ein originärer und bedeutender Beitrag zur revolutionären Pädagogik. Abgesehen von den großen Schwierigkeiten in den Anfangsjahren der Volksmacht,

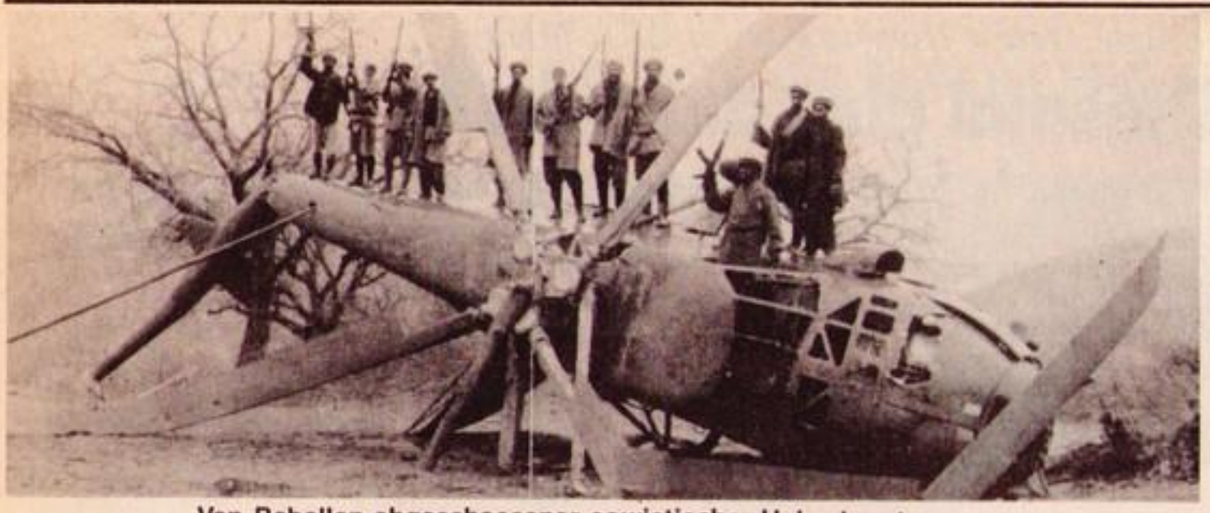
Tasche hat und Karriere damit machen kann? Oder soll sie eine wirkliche Massenschule sein, allseitig entwickelte und gebildete sozialistische Persönlichkeiten herangebildet werden, die ihr Wissen und ihre Fähigkeiten zum Wohl der Gesellschaft einsetzen?

Natürlich, das muß hier angefügt werden, war die albanische Schule zu jener Zeit nicht völlig schlecht und verbürgerlicht. Die Albaner sind es jedoch gewohnt, Fehler, die sie erkannt haben, und schlechte Tendenzen sehr scharf und drastisch zu formulieren. Denn sie wissen — nicht zuletzt aus der Entartung der ehemals sozialistischen Sowjetunion —, daß sich solche Fehler sehr schnell zu einer gefährlichen Linie ausweiten können, wenn man sie nicht rechtzeitig erbarmungslos bekämpft. Die Frage stand also so wie oben formuliert. Und damit begann die Bewegung zur Revolutionierung der Schule. Diese Bewegung, die sich Ende der sechziger Jahre entwickelte, verdient wahrhaftig den Namen einer Kulturrevolution, anders als die zur gleichen Zeit abrollenden chaotischen Ereignisse in China, die nur einen Wechsel in den Machtpositionen der Führungscliquen mit sich brachten.

schen Unterrichts. Denn ebenso wie die Produktionstätigkeit ist die Verteidigung des Vaterlandes ein Bereich, von dem die Schüler nicht künstlich isoliert werden dürfen. Zur Erziehung des neuen Menschen gehört auch die Vermittlung der patriotischen Tugenden, der Bereitschaft, das neue Leben gegen jeden Angriff der Reaktion zu verteidigen. Und schließlich — wenn man die Jugendlichen nicht mehr als minderwertige Wesen betrachtet wie in der alten patriarchalischen Gesellschaft, dann muß man ihnen auch die Waffen in die Hand geben und ihnen beibringen, wie man sie gebraucht.

So wurde also das Schulwesen radikal umgewälzt. Bleibt der Vollständigkeit halber noch anzumerken, daß dies nicht die einzige Revolution im kulturellen Bereich in jenen Jahren war. Die revolutionäre Bewegung nach dem V. Parteitag drückte sich auch in den Massenkundgebungen der Frauen aus, die gegen die alten Sitten für ihre vollständige Befreiung kämpften; in den breiten Aktionen gegen die Religion, die zur Schließung aller Kirchen in Albanien führten; damals entstanden die Initiativen zur Teilnahme aller Kader an der Produktion oder

Eine Werkstatt in der „7.-November"-Schule.



Von Rebellen abgeschossener sowjetischer Hubschrauber.

„Russische Besatzer, raus aus Afghanistan!"

Immer häufiger wird in der letzten Zeit von blutigen Kämpfen in Afghanistan berichtet. Sogar die Hauptstadt Kabul ist inzwischen schon Schauplatz bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen Regierungstruppen und Rebellen geworden.

Glaubt man der offiziellen Propaganda der Machthaber in Kabul und ihrer Hintermänner in Moskau, dann handelt es sich bei diesen Kämpfen um einen Aufstand reaktionärer — von Washington und Peking gesteuerter — Elemente, die das sozialistische System in Afghanistan stürzen wollen. Aber worum geht es wirklich bei den Kämpfen in diesem asiatischen Land?

Zunächst muß man die Tatsache berücksichtigen, daß Afghanistan an der südlichen Flanke der Sowjetunion liegt und die russischen Revisionisten seit ihrem Machtantritt eine Politik der aktiven Einmischung in die Angelegenheiten des Nachbarlandes betrieben haben. Sie waren denn auch jedesmal aktiv beteiligt, wenn durch einen Militärputsch die politische Lage in Afghanistan verändert wurde.

Im April 1973 wurde mit sowjetischer Hilfe die Monarchie gestürzt. An der Spitze der Putschisten und der neuen Regierung stand der Großgrundbesitzer und Vetter des gestürzten Königs, Daud. Er errichtete ein Regime des offenen faschistischen Terrors. Die Demonstrations- und Versammlungsfreiheit wurde vollständig abgeschafft; Folter und Massenhinrichtungen von Oppositionellen waren an der Tagesordnung. Unter dem Daud-Regime verschlechterte sich zusehends die soziale Lage des Volkes, die Arbeitslosigkeit nahm zu, Hunger und tiefes Elend breiteten sich aus.

Trotz des faschistischen Terrors bezeichneten die Kreml-Herren das Daud-Regime als auf. Das afghanische Volk erhob sich zu immer größeren Kämpfen; Streiks und Protestdemonstrationen waren auf der Tagesordnung, teilweise wurden auch bewaffnete Aktionen unternommen. All das schwächte die Stellung der faschistischen Diktatur im Innern. Zum anderen begann Daud eine zunehmend engere Zusammenarbeit mit den westlichen Imperialisten. Die hatten natürlich nicht einfach zugesehen, wie Afghanistan immer mehr unter den Einfluß ihres östlichen Konkurrenten geriet. So begannen auf Veranlassung Washingtons das damalige Schah-Regime und die Herrscherclique Saudi-Arabiens, die Machthaber in Kabul mit Milliardenkrediten zu ködern.

Die Gefährdung ihrer Positionen in Afghanistan war für die Kreml-Herren der Anlaß für einen neuen Putsch. Und jetzt — im April 1978 — brachten sie gleich den Chef der afghanischen Revisionistenpartei, Taraki, selbst an die Macht. Die Tatsache jedoch, daß die Khalq-Partei offen mit der faschistischen Diktatur zusammengearbeitet hatte, daß sie zudem deutlich als Agentur der verhaßten sowjetischen Ausbeuter zu erkennen war, all das führte dazu, daß das neue Regime von Anfang an keine Basis unter den Massen hatte, daß ihr vielmehr vom Tag des Machtantritts an mit offenem Widerstand begegnet wurde.

Und das neue Regime bediente sich gegen das Volk der gleichen terroristischen Unterdrückungsmethoden wie das alte. Der einzige Unterschied war, daß die sowjetischen auch die russischen Piloten ihre Angriffe teilweise mit Napalm.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß alle Volksschichten Afghanistans von einem tiefen Haß gegen die sowjetischen Unterdrücker ergriffen sind. Das kam vor einiger Zeit bei den Kämpfen in der Stadt Herat deutlich zum Ausdruck. 20000 Menschen waren dort auf die Straße gegangen und hatten gegen das Regime protestiert, unter Losungen wie „Freiheit für die politischen Gefangenen!" und „Russische Besatzer, raus aus Afghanistan!". Die Demonstranten, mit Holzstöcken, Sicheln, Beilen, Schwertern und Gewehren bewaffnet, stürmten die örtlichen Regierungsgebäude und das Militärhauptquartier der Provinz.

Gegen diese Menge wurden russische Panzereinheiten eingesetzt. Aber einige der Panzer konnten gestürmt werden. Die sowjetischen Kommandanten wurden herausgezerrt und auf der Stelle getötet. Auch in den letzten Wochen sind, nach Angaben der bürgerlichen Presse, wiederholt sowjetische Militärs hingerichtet worden. Heute ist der Widerstand so stark geworden, daß selbst die Moskauer „Prawda", die lange versucht hatte, seine Existenz zu leugnen, kürzlich von „einigen 10000 Mann" bewaffneter Rebellen sprach. Kennzeichnend für die gegenwärtige Lage ist ferner, daß ganze Einheiten der afghanischen Armee bis zur Stärke einer Brigade desertieren und sich teilweise dem Widerstand anschließen.

China nach dem Volkskongreß

Hunger und Arbeitslosigkeit

Noch nie zuvor habe China eine so „gute und blühende Lage" erlebt wie gegenwärtig. Das sagte der Pekinger Parteichef Hua vor dem Volkskongreß in der vorletzten Woche. Wenig später mußte er allerdings selbst katastrophale Planfehler zugeben und bekanntmachen, daß in der Durchführung des Programms der „Vier Modernisierungen" erst einmal eine dreijährige Denkpause eingelegt werden soll.

Nimmt man den offiziellen Bericht von Hua vor dem Volkskongreß, einen Geheimbericht, den der stellvertretende Ministerpräsident Li im Mai vor dem Zentralkomitee der Partei gehalten hat und andere Nachrichten aus China, dann ergibt sich tatsächlich alles andere als ein „blühendes" Bild der Situation im volkreichsten Land der Erde.

Chaotisch ist die Lage in der Schwerindustrie, deren forcierter Aufbau mit westlichem Kapital ja einer der Schwerpunkte bei den „Vier Modernisierungen" ist. In den letzten beiden Jahren sind mit ausländischen Konzernen Verträge in Höhe von 18 Milliarden Dollar über den Bau von Industrieanlagen abgeschlossen worden. Offenbar ist es dabei die Praxis der chinesischen Revisionisten gewesen, daß jede Provinzbehörde, jedes Pekinger Ministerium solche Verträge nach Gutdünken abschloß, ohne sie über einen einheitlichen Plan zu koordinieren.

Als Ergebnis dieser anarchischen Planung traten dann solche schweren Mängel auf wie im neuen Stahlwerk Wuhan, das für 600 Millionen Mark von westdeutschen Konzernen gebaut wurde. Wenn dieses Stahlwerk mit voller Kapazität arbeitet, müssen alle Fabriken der Umgebung schließen, weil dann für sie kein Strom mehr da wäre. Wie jetzt auf dem Volkskongreß bestätigt wurde, haben die chinesischen Revisionisten inzwischen eine ganze Reihe von Verträgen mit westlichen Monopolen annulliert.

Bauerndemonstration in Peking.

Nicht gerade für eine Menschen, die nicht genug zu essen hätten. Und gegenüber einer amerikanischen Regierungsdelegation wurde diese Tatsache in der vergangenen Woche noch einmal bestätigt. Offenbar denken die Pekinger Revisionisten nicht daran, den hungernden Massen sofort und wirksam zu helfen. Li stellte nur zynisch fest, es wären halt keine Devisen da, um zusätzliches Getreide einzuführen. Sicher, die Pekinger Führer brauchen ihre Devisen für andere Dinge, beispielsweise für den Ankauf von NATO-Waffen.

Ein anderes brennendes Problem für die chinesischen Werktätigen ist die Massenarbeitslosigkeit. Selbst Hua mußte in seinem Bericht über die „gute und blühende Lage" einräumen, daß es sich hierbei um ein „aktuelles Problem" handelt. Wenn auch keine Zahlen über den Umfang der Arbeitslosigkeit genannt wurden, so kann man sich doch aus einzelnen Angaben der chinesischen Presse ein Bild davon machen, in welchem Umfang diese Geißel des Kapitalismus die Werktätigen, vor allem die Jugend, trifft. Für die Stadt Peking wurde kürzlich eine Zahl von 400000 jugendlichen Arbeitslosen genannt, für Shanghai eine Arbeitslosenquote von 60 (!) Prozent bei weiblichen Jugendlichen.

Die elende Lage der chinesischen Werktätigen hat ihre Ursachen im kapitalistischen System Chinas. Sie verschärft sich noch mit dem von Hua und Deng betriebenen Kurs der „Vier Modernisierungen", das vergangenen Jahren der Fall war. Das wird jedoch nicht die Versorgungslage der Werktätigen verbessern. Denn Hua hat selbst durchblicken lassen, daß diese Industrie verstärkt für den Export arbeiten soll. Allein in die EG sollen pro Jahr Textilexporte im Umfang von 60000 Tonnen gehen. Die Produkte der Leichtindustrie, die Kohle und das Erdöl, deren verstärkte Förderung ebenfalls beschlossen wurde, sollen also in erster Linie die chinesische Handelsbilanz verbessern und wenigstens einen Teil der Schulden abtragen helfen, die von den Pekinger Revisionisten in Milliardenhöhe gemacht werden.

Und was die zunehmende Verschuldung bei den westlichen Imperialisten angeht, so denken die Pekinger Führer gar nicht daran, hier eine Wende herbeizuführen. Gerade erst wurden in Tokio Gespräche über Darlehensverträge in Höhe von 10 Milliarden Dollar abgeschlossen, in Paris Verträge über 30 Milliarden Francs; Gespräche in Washington und Bonn über ähnliche Verträge laufen gerade. So kann das China Deng Xiaopings den traurigen Ruhm für sich beanspruchen, gegenwärtig der größte internationale Kreditnehmer zu sein.

Auf dem Pekinger Volkskongreß wurden auch eine Reihe von Versprechungen für die Massen gemacht. So wurde den Bauern in Aussicht gestellt, daß die staatlichen Abnahmepreise für ihre Erzeugnisse erhöht würden. Den Arbeitern wurden höhere Löhne versprochen. Man sollte jedoch daran denken, daß ähnliche Verheißungen von den Deng und Hua schon des öfteren gemacht wurden. Nur, geändert hat sich nichts an der Lage der Werktätigen, höchstens zum schlechteren. Denn auch wenn es zu einer Anhebung der Löhne kommen sollte, wäre das noch keine wirklich reale Einkommensverbesserung. Erlebt China doch eine wahre Explosion der Preise. Allein in den Jahren von 1976 bis 1978 zum Beispiel haben sich die Preise bei Grundnahrungs-

Trotz des faschistischen Terrors bezeichneten die Kreml-Herren das Daud-Regime als demokratisch und progressiv. Die revisionistische afghanische Khalq-Partei unter dem heutigen Staatschef Taraki unterstützte das Regime durch ihre aktive Mitarbeit in der Regierung, und dem sie gar bescheinigten, auf dem Wege des Sozialismus zu sein. Die Ursache für diese herzliche Zusammenarbeit zwischen den Revisionisten und den Faschisten von Kabul ist in den imperialistischen Zielen Moskaus zu suchen.

Zum einen öffnete das Daud-Regime den Kreml-Herren die Grenze für die Ausplünderung der Reichtümer Afghanistans. Sie konnten beispielsweise die Erdgasvorkommen ausbeuten und mußten dafür nur ein Drittel des Weltmarktpreises bezahlen. Zum anderen eröffnete die Kontrolle über Afghanistan den sowjetischen Imperialisten neue Möglichkeiten für die Verwirklichung ihres alten Plans, nämlich ihr Einflußgebiet bis an den Indischen Ozean vorzuschieben.

Aber ihre Rechnung mit dem Daud-Regime ging nicht

Unterdrückungsmethoden wie das alte. Der einzige Unterschied war, daß die sowjetischen Imperialisten noch offener als die eigentlichen Herren des Landes auftraten. Heute kontrollieren sie nicht nur die Wirtschaft Afghanistans, auch in allen Schaltstellen des Staatsapparats sitzen russische „Berater". Und die Armee, die früher schon von sowjetischen Experten ausgebildet wurde, ist vollends zu einem Bestandteil des Moskauer Militärapparats geworden. Heute stehen Tausende von sowjetischen Offizieren im Land. Sie leiten die Operationen der Armee gegen die Rebellen. Sie sind es auch, die am Steuerknüppel der Bomber sitzen, wenn Terrorangriffe gegen die Bergdörfer geflogen werden. Seit dem stärkeren Aufflammen der Kämpfe praktizieren die afghanischen Militärs und ihre russischen „Berater" die Politik der verbrannten Erde, so wie es die Amerikaner in Vietnam gemacht haben. Ein Dorf, das im Verdacht steht, den Rebellen Unterschlupf gewährt zu haben, wird aus der Luft bombardiert und in Schutt und Asche gelegt. Und wie die Terrorpiloten Nixons, so fliegen

einer Brigade desertieren und sich teilweise dem Widerstand anschließen.

Während die sowjetischen Imperialisten und ihre Lakaien in Kabul in eine immer schwierigere Lage geraten, versuchen die westlichen Imperialisten wieder einmal, diese Situation für ihre eigenen finsteren Ziele auszunutzen. Sie unternehmen im Verein mit den chinesischen Revisionisten gegenwärtig Anstrengungen, die antikommunistische Organisation der „Moslembruderschaft" an die Spitze des Widerstands gegen das Taraki-Regime zu stellen und der Bewegung des afghanischen Volkes einen reaktionär religiösen Charakter zu geben. Es ist bekannt, daß solche reaktionären Elemente mit amerikanischer und chinesischer Unterstützung von Pakistan aus operieren. Sie haben jedoch mit dem gerechten Kampf des Volkes nicht das geringste zu tun. Sie wollen die Macht der einheimischen Grundbesitzer wiederherstellen und das Land der amerikanischen Supermacht ausliefern. Das afghanische Volk jedoch kämpft für seine soziale Befreiung und für die vollständige Unabhängigkeit seines Landes.

Reihe von Verträgen mit westlichen Monopolen annulliert.

Nicht gerade für eine „blühende" Lage spricht auch das riesige Loch, das im chinesischen Staatshaushalt klafft. Es ist gegenwärtig auf zwölf Milliarden Mark angewachsen, ein Zehntel des gesamten Haushaltsvolumens. In seiner erwähnten Geheimrede führte Li dieses Defizit auf zwei Gründe zurück: einmal die „exzessive finanzielle Belohnung", das bedeutet, die Flut von hohen Prämien, die sich heute die Kader in allen Bereichen einstecken können, und zum anderen auf die „Entschädigung für die Opfer der Kulturrevolution". Natürlich gibt es auch noch andere Gründe für das große Defizit, die Li verschwiegen hat, zum Beispiel die chinesische Aggression gegen Vietnam.

Weiter ist auf dem Volkskongreß deutlich geworden, daß die Kluft zwischen der Industrie und der Landwirtschaft so groß ist wie nie zuvor. Millionen Menschen auf dem Land leben in bitterster Armut, nicht einmal ihre Ernährung ist gesichert. Li nannte in seinem Bericht die Zahl von sage und schreibe hundert Millionen

sich noch mit dem von Hua und Deng betriebenen Kurs der „Vier Modernisierungen", das heißt der verstärkten Militarisierung, des Ausverkaufs an die westlichen Imperialisten usw. So werden auch die auf dem Volkskongreß beschlossenen Maßnahmen die Situation der Werktätigen nicht verbessern, denn die Pekinger Führer halten an ihrem reaktionären Kurs weiter fest.

So soll jetzt zum Beispiel die Leichtindustrie stärker entwickelt werden, als das in den

den Jahren von 1976 bis 1978 zum Beispiel haben sich die Preise bei Grundnahrungsmitteln fast verdoppelt.

So wird auch nach dem Volkskongreß die weitere Verelendung der breiten Massen, die Verschärfung der Klassenwidersprüche kennzeichnend sein für China. Und sicher werden sich die Werktätigen zunehmend wehren, wie es in den letzten Monaten die Bauern und die arbeitslosen Jugendlichen schon mit Demonstrationen getan haben.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
19.00-19.30	1394 kHz	215 m	MW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW

Bundeswehr erprobt Vernichtungswaffen

Napalmbomben in der Meldorfer Bucht

In der Mitte der letzten Woche sahen Bewohner und Badegäste über der Meldorfer Bucht/ Nordfriesland plötzlich eine Feuerwand und anschließend einen riesigen schwarzen Rauchpilz. Die Bundeswehr probte den Abwurf von Napalmbomben. Es ist das erste Mal, daß in der Meldorfer Bucht derartige Bomben abgeworfen wurden.

Die Versuche finden in Zusammenarbeit mit westdeutschen Waffenproduzenten statt. Sie erfolgen auf Anweisung des Bundesverteidigungsministeriums und mit Genehmigung des Kreises Dithmarschen. Ein Düsenjäger vom Typ Fiat F91G wirft dabei die Brandbomben auf eigens aufgestellte Objekte ab. Die Testserie soll zwölf Monate dauern.

Immer rücksichtsloser führt die Bundeswehr in der landschaftlich schönen Meldorfer Bucht militärische Versuche und Übungen durch. Die Bucht wird dabei hauptsächlich als Raketenschießgelände benutzt. Erst Anfang Mai diesen Jahres war eine Serie von Versuchsschüssen mit leichter Artillerie im Speicherkoog Dithmarschen abgeschlossen worden. Für die Zeit vom 30. Juli bis 20. September ist ein Erprobungsschießen mit senkrechtstartenden Flugkörpern geplant. Insgesamt sind 18 Termine für dieses Raketenschießen im Wattenmeer vor der Dithmarscher Küste zwischen den Seebädern Friedrichskoog, Büsum und St. Peter-Ording vorgesehen.

Schon gegen das Raketen- und Artillerieschießen hatte es starke Proteste aus der betroffenen Bevölkerung gegeben. Es war sogar geplant, mit einem Schiff in das Sperrgebiet zu fahren und so das Schießen zu verhindern. Seit dem Bekanntwerden der Napalmversuche aber ist die Empörung unter der Bevölkerung noch gestiegen.

Die Meldorfer Bucht ist ein Erholungs- und Urlaubsgebiet ersten Ranges. Ein Großteil der Bevölkerung lebt vom Fremdenverkehr. Die Meldorfer Bucht ist außerdem ein Stück noch weitgehend unberührter Natur; 1977 erst wurde sie zum Landschaftsschutzgebiet erklärt. Schließlich bietet die Bucht zahlreichen Fischern die Lebensgrundlage. Die Versuche bedrohen und gefährden so die Existenz eines Großteils der Bevölkerung; sie beeinträchtigen erholungssuchende Werktätige.

Polizei stürmt Wohnung eines BKA-Manns

Diesmal ging der Schuß nach hinten los...

Ob sich die Beamten nur in der Tür geirrt hatten, oder ob gar Rivalitäts- und Machtkämpfe im berüchtigten Bundeskriminalamt (BKA) eine Rolle spielten — bis heute ist es nicht geklärt.

„Wir wollten ihm nur die Einladung zum Polizeisportfest überbringen, aber dann hat er eine verdächtige Bewegung gemacht..."

In der Nacht vom 16. auf den 17. Juni drang ein acht Mann starkes Rollkommando der Wiesbadener Polizei in die Wohnung des leitenden BKA-Beamten Uwe Hoffmann ein. In der Wohnung befanden sich außer dem BKA-Mann noch

aktion. Sie versuchten erneut, über Notruf die Polizeiwache um Hilfe zu bitten. Aber von da kam keine Hilfe, im Gegenteil! Wenige Minuten später stand das gleiche Überfallkommando wieder in der Wohnung,

Tips

Sonntag, 8. Juli, 20.00 Uhr, DDR-Fernsehen I
Wer den Wind sät... — Sozialkritischer amerikanischer Spielfilm aus dem Jahr 1957. Regie: Stanley Kramer.

\+ + +

Sonntag, 8. Juli, 22.15 Uhr, ZDF
Vergeßt es nie, wie es begann! Ernst Busch — der Schauspieler und Sänger. Der Film über Ernst Busch sucht ein Bild des proletarischen Künstlers zu entwerfen. Weggefährten Buschs kommen zu Wort: unter anderem der Regisseur Leopold Lindtberg und der Schriftsteller Walter Mehring. Busch ist besonders als Sänger von Arbeiterliedern bekannt geworden.

Gedanken zum Tod von Paul Dessau

„Der spanische Bürgerkrieg hat uns alle mobilisiert. Um eine Haltung auszudrücken, komponierte ich auf einen eigenen Text das Lied ‚No pasaran'. Als meine Frau in der Küche hörte, wie ich mich mit diesem Text plagte, schrieb sie in ihr Kochbuch den Text zur ‚Thälmann-Kolonne'. Und als ich endlich mit ‚No pasaran' fertig war, sagte sie: ‚Du, ich habe dir auch etwas geschrieben. Vielleicht kannst du das auch komponieren.' Ich habe es komponiert. Das Lied gelangte an die Front. Zuerst nach Barcelona, wo es Ernst Busch erreichte. Der Busch sang es vor den Internationalen Brigaden. Es wurde zum Volkslied." Paul Dessau, der Komponist der „Thälmann-Kolonne", ist nicht mehr. Im Alter von 84 Jahren verstarb er in der vergangenen Woche in Ostberlin.

Wer war Paul Dessau? 1894 in Hamburg als Sohn eines Zigarrenarbeiters geboren, schlägt er die Laufbahn eines Musikers ein und wird Geiger und Komponist. Zunächst an Operntheatern in Hamburg, Bremen, Köln und Mainz als Korrepetitor und Kapellmeister tätig, kommt er 1925 nach Berlin, findet dort — auch unter dem Einfluß fortschrittlicher Kollegen wie zum Beispiel dem Schauspieler Wolfgang Langhoff — mehr und mehr Kontakt zur revolutionären Arbeiterschaft, unterstützt sie materiell und liest Schriften der kommunistischen Klassiker. Vor dem Ansturm der Nazis muß er auswandern. Er geht nach Amerika. In der Emigration lernt er Bert Brecht kennen, eine enge und fruchtbringende Zusammenarbeit wächst, die bis zu Brechts Tod andauert. Dessau schreibt Musik zu zahlreichen Schauspielen Brechts, u.a. zu „Mutter Courage". Ende der vierziger Jahre kehrt er nach Deutschland zurück, läßt sich in Berlin, später in Zeuthen (DDR) nieder und arbeitet dort nicht nur als Komponist und Dirigent, sondern auch als Musikerzieher bei Arbeitern in den Betrieben und bei Kindern in der Schule.

Dessau nahm seine musikalische Tätigkeit stets äußerst ernst und fühlte sich verantwortlich, an der Lösung gesellschaftlicher Widersprüche mitzuwirken. Dessaus Prinzip war: „Die Kunst kann nicht bequem sein. Sie stellt Anforderungen und fordert zum Denken auf. Und Denken ist ja bekanntlich unbequem." Und diese Ansicht, die sich in seiner kantigen, spannungsreichen, mitunter widerborstigen Musik niederschlug, mußte zu Diskussionen führen. Denn auf der einen Seite war die sozialistische Musikkultur im Aufbau begriffen (der, kaum begonnen, durch die kapitalistische Entartung der DDR wieder unterbrochen wurde), die Komponisten waren aufgerufen, Pionierarbeit zu leisten und mitzuwirken, eine Basis für ein breites, von der Arbeiter- und Bauernschaft getragenes Musikleben zu schaffen. Auf der anderen Seite hatten Komponisten wie Dessau, in dessen Werken Einflüsse des spätbürgerlichen Musikers Arnold Schönberg (und anderen) unüberhörbar sind, mit eigenen, der Arbeiterklasse fremden ästhetischen Anschauungen zu kämpfen. Dessau hat sich dieser Auseinandersetzung gestellt im redlichen, aktiven Bemühen, seinen Beitrag zur Emanzipation der Werktätigen zu leisten.

Man sollte Dessaus Schaffen kritisch studieren.

In der Wohnung befanden sich außer dem BKA-Mann noch drei Personen: seine Frau, sein Bruder und seine Schwägerin. Der Überfall spielte sich wie folgt ab:

Gegen 1.40 Uhr wurde mit Füßen und Fäusten gegen die Wohnungstür der Hoffmanns gedonnert und laut gerufen: „Aufmachen, Polizei! Wir schlagen sonst die Türe ein!" Bevor die aus dem Schlaf Hochgeschreckten sich besinnen und reagieren konnten, wurde auch schon mit einem „beängstigend krachenden Geräusch" — so die Betroffenen — die Wohnungstür zertrümmert.

Die vier Wohnungsinsassen sahen sich acht Männern mit gezogenen Pistolen gegenüber. Drei von ihnen trugen eine Polizeiuniform, fünf waren in Zivil. Die Überfallenen glaubten, die Opfer eines Überfalls gewöhnlicher Krimineller zu sein. Hoffmanns Schwägerin suchte telefonisch die Polizei zu alarmieren, doch der Anführer der Truppe nahm ihr den Hörer aus der Hand und legte auf.

Anschließend durchwühlten die Polizisten die Wohnung, rissen Kleider aus den Schränken und „stellten alles auf den Kopf". Als sie nach 20 Minuten die Dienstmarke des BKA-Manns fanden, zogen sie mit der Bemerkung „Guck mal, was wir hier haben!" wieder ab. Die Überfallenen glaubten noch immer nicht an eine Polizeiwieder in der Wohnung, diesmal noch um einen Mann verstärkt. Und jetzt ging es erst richtig rund!

Frau Hoffmann, welche die Szene fotografieren wollte, wurde die Kamera aus der Hand geschlagen. Den Bruder Jörg fesselten sie mit einer Knebelkette, der Hausherr selbst wurde durch den Raum geschubst, mit der Faust geschlagen, in die Hoden getreten und abgeführt. Im Präsidium wurde dem Ehepaar Hoffmann eine Blutprobe entnommen, wobei ihnen der Arm auf äußerst schmerzhafte Weise mit einem Telefonkabel abgebunden wurde. Erst nach drei Stunden in der Arrestzelle konnten sie nach Hause gehen.

Mit der Post erhielt der Überfallene am folgenden Morgen eine Anzeige wegen Mißbrauchs des Notrufs, Widerstands gegen die Staatsgewalt, Vortäuschung einer Straftat und Beleidigung. — der ganze Vorfall basierte im übrigen — wie in solchen Fällen nicht unüblich — auf einem anonymen Anruf, demzufolge in der Hoffmannschen Wohnung ein „Kapitalverbrechen mit einem Toten" geschehen sei.

In dem geschilderten Wiesbadener Kriminalstück ist ausnahmsweise mal der Schuß nach hinten losgegangen. Es wurde einer getroffen, der an den Polizeipraktiken nicht unschuldig ist.

den.

\+ + +

Mittwoch, 11. Juli, 20.00 Uhr, DDR-Fernsehen I
Aussagen über ein Attentat. Dokumentarbericht über den Prozeß gegen die Verschwörer des 20. Juli 1944.

\+ + +

Mittwoch, 11. Juli, 20.45 Uhr, DDR-Fernsehen II
Suche-Bator. Sowjetisch-mongolischer Spielfilm aus dem Jahr 1942.

\+ + +

Mittwoch, 11. Juli, 22.55 Uhr, ZDF
Die Soldaten. Fernsehspiel von Heinar Kipphardt nach dem Schauspiel von Jakob Michael Reinhold Lenz. Lenz, der von 1751 bis 1792 lebte, war einer der bedeutendsten antifeudalen und demokratischen Dichter des sogenannten „Sturm und Drang". In seinen Werken prangerte er schonungslos die miserablen gesellschaftlichen Zustände an, deren Opfer er selbst schließlich wurde. In dem Stück „Die Soldaten" setzt er sich mit einem adligen Offizierkorps seiner Zeit auseinander.

\+ + +

Donnerstag, 12. Juli, 22.30 Uhr, West-Nord-Hessen III
Zu Gast bei diesen Herren. Die Literatur des Widerstands im Iran.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 30 05 26

4600 Dortmund 30

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich **DM 60,—** ○ halbjährlich **DM 30,—**

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements). Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.
4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.
2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10-12 Uhr.
6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10-13 Uhr.
4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, Tel.:0231 / 43 36 91und 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14-18, Sa 9-14 Uhr.
4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestr. 49, Tel.: 0203 / 55 06 23, geöffnet: Mo 15.00-18.30, Di-Fr 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 9-14 Uhr.
2390 **FLENSBURG** (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10-12 Uhr, Tel.: 0461 / 2 96 01.
6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611 / 77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.
7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di u. Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.
2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62, geöffnet: DiDo 17-19, Sa 9-13 Uhr.
7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.
3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10-13 Uhr.
2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02, geöffnet: MoMi u. Fr 9-13 u. 15-18, Do 913 u. 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 17.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.
6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit", Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09, geöffnet: MoFr 15.3018.30, Sa 9.30-13 Uhr.
8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, Tel.: 089 / 260 75 54, geöffnet: MoFr 15.0018.30, Sa 9-13 Uhr.
8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17-19, Sa 10-14 Uhr.
7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 913 Uhr.
SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen" Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo, Di, Do u. Fr. 11-18, Mi 15-18 u. Sa 10-13 Uhr.